

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniagl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Bollwerksniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

**Inhalt:** Wohlfahrts-Einrichtungen für Arbeiter. Zum Gewerkschaftstongreß. — Wirtschaftlich-Soziale Rundschau. Aus Österreich. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Urtheile über den Gewerkschaftstongreß. Der Indifferentismus der Arbeiter. Ueber die ethische Wirkung der Gewerkschaften. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten.

## Wohlfahrts-Einrichtungen für Arbeiter.

Ein noch ziemlich neues, aber doch schon sehr abgedroschenes sozialpolitisches Kapitel. Die Arbeiterpresse allerdings ist gezwungen, der Behandlung, welche denselben von gewisser Seite zu Theil wird, immer wieder aufs Neue entgegenzutreten, denn es giebt ja leider noch so viele Arbeiter, die für die vom kapitalistischen Interesse verbreiteten Irrthümer nur zu empfänglich sind.

Auch in solchen Kreisen, die, ohne zur Sozialdemokratie sich zu bekennen, diesem Interesse nicht dienen, die es mit den Arbeitern ehrlich meinen und von den bösen Absichten für sie geleitet sind, stößt man bezüglich der Wohlfahrts-Einrichtungen immer noch auf irriige Auffassungen.

So widmet der badiische Fabrikinspektor Herr Wörtschöfer, welcher sich durch ruhige, unbefangene und gerechte Beurtheilung der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit schon manches Verdienst um die letztere erworben hat, in seinem neuesten Jahresberichte dem Kapitel „Wohlfahrts-Einrichtungen“ eine Betrachtung, die in einigen Punkten der Wichtigstellung bedarf. Herr Wörtschöfer schreibt:

„Während wohlwollende Fabrikanten und ein großer Theil der bürgerlichen Kreise überhaupt, welche den Interessen des Arbeiterstandes wohlwollend gegenüberstehen, sich mehr oder weniger der Ansicht zuneigen, daß auf dem Wege der Fürsorge nicht nur einzelne, besonders in die Augen fallende Mängel beseitigt werden können, sondern daß auf diesem Wege die Arbeiter überhaupt auf eine wirtschaftlich und geistig höhere Stufe gehoben und damit die sozialen Gegensätze wenigstens ihrer besonderen Schärfe beraubt werden können, verhalten sich die Arbeiterparteien, wenn auch nicht immer alle einzelnen Arbeiter, gegen Veranstaltungen dieser Art durchaus ablehnend. Gegen die erstgenannte Beurtheilung läßt sich allerdings einwenden, daß eine Gesellschaftsklasse, so wenig wie der Einzelne lediglich durch das Empfangen von Wohlthaten auf eine höhere Stufe gehoben werden kann. Man kann daher den Arbeiterparteien darin nicht Unrecht geben, daß eine sichere und dauerhafte gesellschaftliche Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse sich in der Hauptsache nur durch ihre eigenen Anstrengungen erreichen lasse. Geradezu einwandfrei wird eine solche Betrachtungsweise dann, wenn sie von der Erkenntnis ausgeht, daß diese eigenen Anstrengungen auf der Grundlage einer erworbenen größeren Tüchtigkeit der Einzelnen nach den verschiedenen Richtungen sich aufzubauen habe, weil nur dann ein ruhiges und damit sicheres Vorwärtsschreiten verbürgt ist. Es ist erfreulich, daß eine

solche Erkenntnis sich da und dort immer mehr Bahn zu brechen scheint. Unerfreulich dagegen ist der Ton und die Begründung, mit denen die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen seitens der anerkannten Vertreter der Arbeiterparteien so häufig beurtheilt werden. Sofern es sich dabei nicht nur um agitatorische Zwecke handelt, welche als solche dieses Verhalten wenigstens verständlich machen, würde diese unbedingte Ablehnung das Zeichen einer weitgehenden Einseitigkeit und des Mangels an vorurtheilsloser und damit richtiger Beurtheilung sein. Wenn auch die Wohlfahrts-Einrichtungen aller Art nicht die ihnen mitunter zugeschriebene weitgehende Bedeutung haben, so sind sie doch ein nicht zu entbehrendes Erziehungs- und Vorbereitungs-mittel für eine aufsteigende Klassenentwicklung der Arbeiter. Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß jetzt und vielleicht noch auf lange Zeit hinaus großen Kreisen, namentlich der ungelerten Arbeiter, eine Verbesserung ihrer Lage nach verschiedenen Richtungen garnicht zu Gute kommen würde, wenn sie lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen wären; und wenn eine wohlwollende Fürsorge in dieser Beziehung nicht stattfände.“

Wörtschöfer geht dann auf die einzelnen Erscheinungen dieser Fürsorge näher ein und gelangt zu dem Schluß, daß, wenn man die Wirkung dieser Wohlfahrts-Einrichtungen nicht nur auf die augenblicklichen Verhältnisse, sondern auch auf die künftige Entwicklung zusammenfaßt, so muß man sagen, daß sie den Arbeitern zum großen Theile erst die Bedürfnisse und die Gewohnheiten der Kultur vermitteln, indem sie in ihnen an Stelle roher sinnlicher Genüsse bessere Bedürfnisse erst ausbilden, ohne die einerseits ein kultivirtes Leben nicht möglich ist, und die andererseits ohne die steten Fortschritte der Kultur überhaupt und ohne die durch die technischen Verbesserungen bewirkte Vermehrung der Produktion auf immer weitere Kreise der Bevölkerung garnicht übertragen werden könnten. Nur die mit dem ganzen Kulturleben zusammenhängenden Bedürfnisse werden aber im Gegensatz zu den bloß sinnlichen Genüssen mit großer Fähigkeit festgehalten, weil gegen das Heruntersteigen auf die niedrigere Kulturstufe bei jeder Gesellschaftsklasse der nachhaltigste und wirksamste Widerstand wachgerufen wird. Diese viel verleumdete Wohlfahrts-Einrichtungen befähigen daher in den meisten Fällen die Arbeiter erst, sich einen größeren Antheil an den Fortschritten der Kultur zu sichern und denselben festzuhalten.

Diese Auffassungen des Herrn Wörtschöfer sind offenbar von wirklichem Wohlwollen für die Arbeiter diktiert. Aber deshalb halten wir uns um so mehr verpflichtet, nachzuweisen, daß er mit seinem Urtheil über die Stellung der Arbeiterpartei zu den Wohlfahrts-Einrichtungen nicht das Richtige trifft.

Die Arbeiterpartei steht keineswegs diesen Einrichtungen und bedingt „durchaus ablehnend“ gegenüber. Wogegen die aufgeklärte Arbeiterschaft und in der Vertretung ihrer Ueberzeugungen die sozialistische Presse in erster Linie prinzipiell sich wendet, das ist der von der

kapitalistischen Interessentrachtung ausgehende Versuch, glauben zu machen, die Wohlfahrts-Einrichtungen seien ein Mittel zur „Lösung der sozialen Frage“, wenigstens aber ein Mittel zur „Milderung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit“. Diesen Versuch, eine besten Falls sich als Palliativmittel bewährende Einrichtung als „Radikalmittel“ auszugeben, — diesen Versuch, in gröblicher Weise zu täuschen, hat die Arbeiterpartei stets bekämpft und wird ihn weiter bekämpfen.

Wir unterscheiden sehr scharf zwischen Einrichtungen, die wirklich dem guten Zwecke dienen sollen, ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen das wirtschaftliche und geistige Wohl der Arbeiter zu fördern, — und solchen, die ausgeklügelt sind von der Tendenz, die Arbeiter einer absoluten Vormundschaft des Kapitals zu unterwerfen; sie sind so abhängig von der Willkür und dem Interesse der Unternehmer zu machen; sie abzuhalten von einer selbstständigen Initiative für die Verbesserung ihrer Lage; für die Geltendmachung ihrer Gleichberechtigung.

Diese dem Kulturfortschritt widerstrebende Tendenz ist es, welche die gegenwärtigen Wohlfahrts-Einrichtungen in der Regel charakterisirt. Der an Gefittung und sozialpolitischer Bildung dem Unternehmer ebenbürtige — oft genug ihm überlegene — Arbeiter empfindet es als eine Entwürdigung, vom Unternehmer behandelt zu werden wie ein der Erziehung und vormundtschaftlicher Aufsicht bedürftiges Kind, dem man sagt, was ihm an Speise und Trank, an geistiger und körperlicher Pflege dienlich sei. Solch eine Erziehung wollen wir — vorausgesetzt, daß sie von ehrlichen und gesunden Grundfassen ausgeht — gelten lassen für auf niedriger Kulturstufe stehende Arbeiter, die oft keinen Begriff von Pflege des Geistes und des Körpers haben, für die es nur Arbeit, Fällung des Magens und die Nuße des Stallhiers gibt. Aber die deutsche Arbeiterschaft steht im Durchschnitt nicht auf solch niedriger Kulturstufe; zumal die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter besitzt ein Maß von Erkenntnis und Selbstbewußtsein, von Selbstachtung, Bildung, Rechts- und Anstandsgefühl, daß es allerdings als eine Beleidigung für sie erscheint, wenn der Unternehmer sich anmaßt, sie in ihrem ganzen Thun und Lassen, in ihrem Denken und Empfinden patriarchalisch bedormunden zu wollen.

Was würden die Unternehmer sagen, wenn Arbeiter ihnen erklärten: „Ihr lebt zu unpraktisch, zu kostspielig, zu wüß. Ihr trinkt zu viel und wascht Euch nicht genug. Eure Erholungen und Vergnügungen müssen veredelt werden. Wir, die Arbeiter, wollen Euch jetzt mal anhalten, vernünftiger zu leben?“ Die Unternehmer würden dazu mittelbig lächeln. Dasselbe aber thun anständige und gebildete Arbeiter, wenn Unternehmer sich anmaßen, sie „erziehen“ zu wollen.

Es dürfte dem Herrn Wörtschöfer nicht unbekannt sein, daß mit der Wohlfahrts-Einrichtungspraxis der Unternehmer sich ein wüßer, rücksichtsloser Kampf der kapitalistischen Uebermacht gegen die selbstständige Arbeiterkoalition entwickelt hat. Das charakte-

risiert ja alle sogenannten „sozialen Reformen“ der herrschenden Interessenträger, daß dieselben mit der Klar und bestimmt ausgesprochenen Absicht rechnen, der Arbeiterbewegung Abbruch zu thun, die Solidarität der Arbeiter nicht zur Verhätigung kommen zu lassen. Keine Interessenträger haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie bemüht sind, unter dem Vorwande, durch die sozialpolitischen Gesetze sei „in bester Weise für die Arbeiter gesorgt“, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, die Arbeiter in vollkommene Abhängigkeit vom Kapital zu bringen. Von ganz demselben Bemühen sind die meisten derjenigen Unternehmer geleitet, welche „Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter“ schaffen, ihnen billige Wohnungen errichten, Ackerland zuweisen, billige Lebensmittel liefern, Speiseanstalten errichten und „Unterhaltungs- und Belehrungsvereine“ bilden. Die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ des Freiherrn von Stumm werden von der kapitalistischen Presse als „müßiggelüste“ gerühmt. Aber kein Grobindustrieller kann rigoros, rücksichtslos, gewaltthätiger die Gleichberechtigung der Arbeiter ignorieren, die Ausübung des Koalitionsrechtes und selbst der politischen Rechte bei „seinen“ Arbeitern verhindern, als Herr v. Stumm es thut. Der Mann ist typisch für die Unternehmerpraxis, Arbeiter zu versklaven.

Um solchen Preis dankt der ehrliche, gebildete Arbeiter, der Selbstachtung besitzt, für alle Wohlfahrts-Einrichtungen: es geht keiner solchen Vertrag der Knechtschaft ein: er läßt sich keine Stallhütergefallen und opfert ihr nicht seine Freiheit und sein Recht.

Einrichtungen dieser Art können also nicht gelten als „Erziehungs- und Vorbereitungs-mittel für eine aufsteigende Klassenentwicklung der Arbeiter.“ Sie bezwecken ja geradezu das Gegenteil; man will mit ihnen diese Entwicklung **verhindern**. Nur in der Freiheit der Arbeiter zwecks Verhätigung für ihre berechtigten Interessen im Geiste der Klassen-solidarität haben wir die Gewähr, daß wirklich eine aufsteigende Klassenentwicklung sich vollzieht. Im guten und gerechten Sinne errichtete und benutzte Wohlfahrts-Einrichtungen können dieser Entwicklung, speziell rücksichtlich der Lebenshaltung, förderlich sein. Aber eine ausschlaggebende Bedeutung haben diese Einrichtungen selbst dann nicht. Die aufsteigende Klassenentwicklung ist abhängig von der selbstständigen freien Initiative der nach Erkenntnis, Bildung, Wissen, Veredelung und Wohlfahrt in jeder Hinsicht ringenden Klassenbewußten Arbeiter.

Wir haben das Vertrauen zu Herrn Wörthofer, daß er nach Maßgabe dieser den Thatsachen durchaus entsprechenden Darlegungen sein Urtheil über die behandelte Frage späterhin einmal berichtet.

**Zum Gewerkschaftskongreß.**

Zunächst haben wir dem Bericht in voriger Nummer uns, W. noch die Beschlüsse des Kongresses, betreffend die Organisationsfrage nachzutragen. Dieselben lagen in ihrem Wortlaut beim Abschluß des Berichtes uns noch nicht vor; sie sind in folgender Resolution zusammengefaßt:

„Der Kongreß erklärt sich für die Annäherung der Zentralisation verwandter Berufe durch Kartellverträge; überläßt jedoch die Entscheidung über die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen zu Unionen oder Industriebereichen statzu finden hat, der weiteren Entwicklung der Organisationen in Folge der Kartellverträge.“

„Der Kongreß erklärt, daß in all denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse den Industriebereichen zu lassen, dieser vorzuziehen ist, daß jedoch in all denjenigen Berufsgruppen, wo in Folge der großen Verschiedenheit der Verhältnisse die Vereinigung in einen Industriebereich nicht durchführbar ist, durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden soll.“

„Der Kongreß empfiehlt die Kartellverträge dahin abzuschließen, daß die verwandten Berufe

1. bei Streiks und Ausscherrungen sich gegenseitig unterstützen,
2. ihre auf der Reise befindlichen Mitglieder gegenseitig unterstützen,
3. die Agitation möglichst gleichmäßig und auf gemeinschaftliche Kosten betreiben,

4. statische Erhebungen gemeinsam veranstalten,
5. Herberge und Arbeitsnachweise zentralisieren,
6. ein gemeinsames Organ schaffen,
7. den Abtritt von einer Organisation in die andere bei Entwerthung ohne Eintrittsgeld und weitere Formalitäten herbeiführen.

Der Kongreß erklärt, daß die Zentralorganisation, als Grundbaustein der Gewerkschaftsorganisation, am besten befähigt ist, die der letzteren zufallende Aufgabe zu lösen und empfiehlt allen Gewerkschaften, welche bisher total organisiert oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren, sich den bestehenden Zentralverbänden anzuschließen resp. solche zu bilden.

Jeder dieser Zentralvereine (Verbände) hat in allen Orten, wo eine genügende Anzahl Berufsgenossen vorhanden und keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, 3 bis 4 Stellen zu errichten. Wo solche Hindernisse bestehen, ist den Arbeitern zu empfehlen, als Einzelmitglieder den Zentralvereinen beizutreten und sich durch gewählte Vertrauensmänner eine feste Vertretung und Verbindung mit der Gesamtorganisation zu schaffen. Dieses Vertrauensmännersystem ist so zu gestalten, daß es gleichzeitig eine Vertretung der Gesamtheit der Berufsgenossen an den Orten bildet, wo für die Zentralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen.

Außerdem können an solchen Orten lokale Vereine, eventuell in Verbindung mit verwandten Berufsvereinen, geschaffen werden.

Die Verbindung der einzelnen Zentralorganisationen zum gemeinsamen Handeln in Fällen, bei welchen Alle gleichmäßig interessiert sind, wird durch eine auf jedem stattfindenden Gewerkschaftskongreß zu erwählende Generalkommission herbeigeführt.

Die Aufgaben der Generalkommission. Die Generalkommission hat:

1. die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind, zu betreiben;
2. die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterkassette zu gestalten und eventuell zusammenzustellen;
3. statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und verlässlich zu veröffentlichen;

4. ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Verleumdung an deren Zahlstellen zuzuliefern, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat;

5. internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten.

Die Pflichten der einzelnen Zentralvereine der Generalkommission gegenüber. Jede zentralisierte Gewerkschaft hat pro Mitglied und Quartal 5 bis 6 an die Generalkommission zu leisten. Diese Beiträge können aus den Kassen der Gewerkschaften gezahlt, oder durch von der Generalkommission auszugebende Marken von den Mitgliedern der Organisationen erhoben werden. Diese Marken können auch an nichtorganisierte Arbeiter abgegeben werden.

Diejenigen Gewerkschaften, welche ihren Verpflichtungen gegenüber der Generalkommission bez. Zahlung der Beiträge nicht nachkommen, haben weder Sitz noch Stimme auf den von der Generalkommission einberufenen allgemeinen Gewerkschaftskongressen.

Ueber Beginn, Weiterentwicklung, Beendigung und Erfolg von Streiks ist der Generalkommission regelmäßig Bericht zu erstatten — desgleichen müssen derselben die von den einzelnen Gewerkschaften ausgenommenen statistischen Erhebungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Einberufung des nächsten Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvorstände überlassen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn zwei Dritttheile der Zentralvereinsvorstände dieses beantragen.

Zentralorganisationen bis zu 1500 Mitgliedern entsenden zum Kongreß 1 Delegierten, größere Organisationen auf jede weiteren 1500 Mitglieder ebenfalls 1 Delegierten.

Local organisierte Arbeiter in den Landestheilen, in welchen die gesetzlichen Bestimmungen die Errichtung von Zahlstellen der Zentralverbände nicht zulassen, können sich auf dem Kongreß nach demselben Wahlmodus vertreten lassen, sofern für den betreffenden Beruf ein Zentralverband nicht besteht, ein Anschluß als Einzelmitglieder also unmöglich war. Orte, in denen nicht 1500 der in Frage kommenden Arbeiter organisiert sind, haben sich mit anderen Orten zu gemeinsamer Wahl in Verbindung zu legen.

In Erwägung, daß thätigste Organisationen das beste Mittel zur erfolgreichen Durchführung von Streiks wie zur Verhinderung ausfallsloser Streiks ist,

die Leistungsfähigkeit aber in der Ausfüllung der Mitglieder, der Disziplin und der Höhe der Fonds erblickt werden muß, welche Vorbedingungen jedoch durch die heute fast allgemein niedrigen Beiträge nicht erfüllt werden können, empfiehlt der Kongreß zum Zweck wirksamer Agitation und Ansammlung von Fonds die Beiträge diesem Zweck entsprechend festzusetzen.

Entsprechend diesen nach einstündigen Debatten zu Stande gekommenen Beschlüssen soll also die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter Deutschlands sich gestalten. Dieselben entsprechen im Wesentlichen den Ansichten und Grundrissen, welche unter der großen Mehrheit der an der gewerkschaftlichen Bewegung und Koalition theilnehmenden Arbeiter im Laufe der letzten Jahre sich Geltung verschafft haben.

**Zentralisation und Kartelle zum Zwecke gegenseitiger thätigster Unterstützung**, das sind, wie wir ja auch schon so oft ausgeführt haben, die Grundfragen, auf denen allein eine gewerkschaftliche Machtentfaltung möglich ist. Die Gründe brauchen wir im Einzelnen hier nicht noch einmal durchzugehen; es ist in den ganzen Verhandlungen zur Rechtfertigung dieser Neugestaltung nicht ein Gedanke geäußert worden, den nicht auch wir seit Jahren vertreten hätten. Wir glauben, ohne uns den Vorwurf der Unbescheidenheit auszusuchen, daran erinnern zu dürfen, daß unser Blatt seinerzeit zuerst auf die Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kartells hingewiesen hat. Früher und allgemeiner, als wir anfänglich festgesetzt haben, hat dieser Gedanke sich Bahn gebrochen, um nimmer praktische Gestalt zu gewinnen. Ja, man ist in den Hauptverhandlungen über diesen Gedanken noch hinausgegangen, indem man für die Gründung großer Industriebereiche, d. h. die Gesamtorganisation jeder der großen Industriezweige, eintrat. Zum Grunde genommen sind derartige Verbände ja eine strengere durchgeführte, verallgemeinerte und umfassendere Zentralisation. Die Frage ist nur die, ob sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen der durch ein Kartell verbundenen Branchenorganisation vorzuziehen sind? Diese Frage ist nicht so leicht zu entscheiden, wie es Vielen scheinen mag. Es ist auch nicht unsere Absicht, sie hier bei dieser Gelegenheit einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Nur auf den Umstand möchten wir hinweisen, daß die Masse der Arbeiter an die Praxis des Zentralisationsprinzips doch erst gewöhnt werden muß, ehe man ihr genügendes Verständnis für die Industriebereiche zutrauen kann.

Der Industriebereich wird kommen, das steht außer allem Zweifel; er bildet nach zentralisierter Branchenorganisation und Kartell die nächsthöchste Form der gewerkschaftlichen, oder, wie es dann richtiger heißen müßte, der berufswissenschaftlichen Organisation der Arbeiter. Aber der Weg dahin führt unvermeidlich durch die vom Kongreß beschlossene Koalition. Diese ist nicht zu entbehren. Allerdings, es muß noch mehr wie bisher Ernst gemacht werden, die Zentralisation der einzelnen Berufe zu fördern und die Masse der Arbeiter dafür zu gewinnen. Ehe das Zentralisationsprinzip auf dieser Grundlage sich nicht umfassend praktisch bewährt hat, ist nicht daran zu denken, ihm in Industriebereichen in einer seinem Zwecke entsprechenden Weise Rechnung zu tragen. Diese Verbände zu dem zu machen, was sie sein sollen und müssen, dazu dürfte doch noch mancher Erfahrung und eine weitere Läuterung und Kräftigung der Solidaritätsidee erforderlich oder wenigstens sehr erwünscht sein. Wenn man die kümmerliche Existenz der seitherigen gewerkschaftlichen Organisation, hauptsächlich der Local-Vereinigungen, der sogenannten „freien“ Organisationen betrachtet, wie wir es die ganzen Jahre hindurch haben thun müssen, so erscheint das, was der Kongreß geschaffen hat, als ein großer, segenerlösender Fortschritt, als eine Garantie für das endliche Zustandekommen eines wirklich wirksamen Faktors auf dem Gebiete der Arbeiterkoalition, welcher den Anforderungen genügt, die das Interesse der Arbeit an eine Koalition stellt.

Gewisse Elemente in der Arbeiterpartei selbst, Leute, die sich rühmen und rühmen lassen, als „gründliche Kenner“ der Arbeiterbewegung, ihrer Bedingungen und ihrer Mittel, fanden dem Kongreß von vornherein theils mit wirklichem, theils mit erheucheltem Mißtrauen gegenüber. Das ganze Unternehmen sei „überflüssig“, „mehr schädlich, wie nützlich.“ — „die reine Zeit- und Geldverschwendung“, — dazu bestimmt, „einen künstlichen Weg ein zu schlagen von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung zu konstruieren.“ — diese und ähnliche Dummschritte konnte man vor dem Kongreß häufig hören und hier und da in verstedter Form auch lesen. Während des Kongresses und auf demselben sind dieselben Dummschritte laut geworden. Und jetzt, nach dem Kongreß, werden sie auch noch „nur noch etwas gepfeffelter und brutaler im Ton, vernommen werden.“



Nachdem der Kongress den politischen Gewerkschaftern den Vertretung der sogenannten "freien" Organisation, die dort in geradezu kindlicher Weise, ebenso thöricht wie anmaßend (um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen) sich für ihre Vertreter in's Zeug legen, einen tiefen Strich durch die Rechnung gemacht hat, brauchen sie ja nicht die geringste Reserve aus Klugheit sich mehr aufzulegen. Sie haben mit ihrer sogenannten "Protest-Erklärung" und dem Verlassen des Kongresses eine an gewisse Vorgänge auf dem Markte anknüpfen, an denen ihre Hauptbelieben beteiligt waren, erinnernde Komödie aufgeführt, die ihnen das "Recht" giebt, in gewohnter Weise weiter zu kratzen, zu hässeln, zu fügen und zu verleumden. Der Kongress hat ein gemeinsames Zusammenwirken in Bezug auf die Solidarität und die Klärung des Proletariats unmöglich gemacht. Diese alberne bombastische Phrase aus dem Munde und aus der Feder jener Herren ist uns nicht neu; wir haben sie schon öfter vernommen und immer mitteilig dazu geschaut. Denn erst sind diese Leute und ihre Phrasen nicht zu nehmen.

Wundern muß man sich nur, daß sie so grotesk dumm sein konnten, dem Kongress zutrauen, daß er sich durch ihre Falscheien zu einer unerhörten Thorheit werde verleiten lassen, nämlich zur Anerkennung derselben Vorkalorganisations, von denen die Herren sagten, daß sie politische Tätigkeit entfalten müßten, um die Arbeiter vor der gewerkschaftlichen Verflüchtigung zu behüten. Von solchen Leistungen ist nur derjenige fähig, der selbst gründlich verlimpft ist. Wenn der Kongress auf die Forderung der "Nichtverbände", die politische Vorkalorganisationen als "gleichberechtigt" anzuerkennen und dieselben in die neuen Organisationen einzubeziehen, eingegangen, so würde er damit ein Eingreifen der Polizei und der Staatsanwaltschaft provoziert haben, welches die neue Organisation von vornherein unmöglich gemacht haben würde. Der Gedanke, daß mit den betreffenden Anträgen jener Herren eine solche Wirkung geradezu beabsichtigt gewesen ist, darf nicht ohne Weiteres abgewiesen werden. Wäre die Wirkung dann eingetreten, so hätten ja die "größtlichen Kennner" der Gewerkschaftsbewegung sich in die Brust werfen und triumphierend rufen können: "Da habt Ihr nun die Bescherung! Wir haben's ja immer gesagt, daß solch' eine Organisation heute nicht möglich ist."

Der Kongress war vernünftig genug, nicht auf den Leim zu gehen. Im konsequenten Festhalten an seinen Aufgaben mußte er jene Anträge ablehnen.

Jetzt aber, Arbeiter aller Berufe, gilt es, auf dem geschaffenen Boden aufzubauen. Von Eurer Einsicht, von Euren guten Willen, der sich nicht beeinflussen lassen darf durch nörgelnde Thoren, ist die Zukunft Eurer gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung abhängig. Die neue Organisation und ihre Leitung verdient Euer Vertrauen. Belundet es durch thätigstes Eintreten für die Beschlüsse des Kongresses!

### Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

**Das Innungswesen in Westfalen** trägt in allen Jagen; auch in der Nähe von Dortmund, wo der große Innungswandererredner Schneidermeister Möller wohnt, geht eine Innung nach der anderen aus dem Leim. Es ist vorgekommen, daß Innungen, denen die Vergünstigung aus § 100b der Gewerbeordnung verliehen war (das Recht des alleinigen Satzens von Lehrlingen), die Regierung ersuchten, ihnen dieses Recht abzunehmen. Nur hat die Handwerkerinnung der Kemter Gastrop-Mengebe, die eine große Anzahl von Mitgliedern besaß, ebenfalls die Auflösung beschlossen. Der Amtmann, als Vorsitzender der Aufsichtsbehörde, gab sich alle erdenkliche Mühe, die Handwerker von ihrem Vorjoke abzubringen, es war aber vergeblich, und mit großer Mehrheit wurde der Beschluß gefaßt.

**Gewissenlosigkeit der Unternehmer.** — Der Kapitalismus und seine Soldatensöhne sind des Ruhmes voll über die „gewissenhafte Fürsorge“, welche die Unfallversicherungsberufsgenossenschaften den Arbeitern angedeihen lassen, inoffiziell der Unfallversicherung. Und beständig wird die Lage folgerichtig, die Arbeiter seien an den meisten Unfällen selbst schuld. Was hat aus der Verwaltungspraxis der Ziegelei-Verufsgenossenschaft kürzlich ein Herr V. Buttmann nach der „Deutschen Arbeiter-Ztg.“ folgende Mitteilung gemacht: „Die Unfallentscheidungen haben im verflossenen Jahre eine bedenkliche Höhe erreicht, indem sie in diesem Jahre rund M. 110 000 für die Ziegelei-Verufsgenossenschaften mehr betragen haben. Nicht unwesentlich schuld an dieser Erhöhung der Beiträge ist die Gleichgültigkeit des Arbeitgebers gegenüber den Verpflichtungen des Unfallversicherungsgegesetzes. Die Berufsgenossenschaften sind für ihre Aufgabe, den Gefahren möglichst entgegen zu arbeiten, wohl bewußt gewesen. Bereits 51 Berufsgenossenschaften haben Vorschriften zur Verhütung von Unfällen erlassen und bei vier, weiteren sind solche in Vorbereitung. In großem Widerspruch mit dieser erstreuten Thatsache steht die Erkenntung, daß gerade diejenigen, welche die Lasten aus dem Unfall-

versicherungswesen zu tragen haben, sich den Unfallverhütungsmitteln gegenüber gleichgültig verhalten. Anstatt abzunehmen, hat die Zahl der Unfälle zugenommen. Es wird häufig die nötige Vorfrist außer Acht gelassen; namentlich wird für die Wartung der Dampfmaschinen und anderer Maschinen, die auch oft an den allerwichtigsten Stellen in Gebrauch sind, die nötige Aufmerksamkeit nicht geübt; ja es geht sogar soweit, daß dem Vertrauensmann einer Berufsgenossenschaft das Versehen von Unfallverhütungsvorschriften überhaupt nicht bekannt gewesen ist. Die Folgen solcher Vernachlässigungen sind sehr schwere. Bei strengerer Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hätten sich von den 3156 Unfällen des Jahres 1887/1888 1413 vermeiden lassen können. Die Betriebsunternehmer hätten dadurch eine Million erspart können.“

Jeder Kommentar dazu ist überflüssig.

### Aus Oesterreich.

Wien, Mitte März. Die hiesige Bevölkerung steht vor der wichtigen, besonders die Bauarbeiter interessierenden Frage der Stadterweiterung, bzw. der Beteiligung der Linienmärkte. Die hier seit Jahren erheben sich, sozialdemokratische „Vollströme“ machte diese Frage zum Gegenstande einer trefflichen Kritik und erlebte dafür die Konstitution. Unsere hohe Polizei sieht in jeder wahren sozialdemokratischen Vorlegung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse „Anreizung“ gegen die herrschenden Stände und Klassen. Das Blatt hatte ausgeführt, daß das Wachstum der Bevölkerung der großen Städte und die fortschreitende Proletarisierung der arbeitenden Klassen die Ausdehnung der Städte bedinge. Es entstehen Vorkämpfe und je schneller deren Besiebelung mit Proletariats vor sich geht, um so stärker werde auch die Arbeiterbewegung. Die organisierte Arbeiterkraft hat die Pflicht, dieser Entwicklung aufmerklich zu folgen. Sie wird zur Frage der Stadterweiterung Stellung nehmen. Sie wird vor Allem in großen Versammlungen ihre Forderungen aufstellen. Sie wird erklären, daß die Zeit gekommen sei, wo die „Herren“, die bei jeder Gelegenheit mit ihrem Eintreten für die Interessen des arbeitenden Volkes den Mund voll nehmen, diese ihre Vorliebe für dasselbe beweisen können. Sie wird verlangen, daß, bevor die durch den Fall der Linienmärkte notwendig gewordenen Bauten in Angriff genommen werden, eine vollständige und vernünftige Regelung der Arbeitsbedingungen ergriffen werde. Die gemeinsame Anarchie, die bisher auf diesem Gebiete, und namentlich auf dem des Bauwesens, so schreckliche Orgien gefeiert hat, müsse einer genauen Fixierung eines möglichst hoch gereinigten Minimums und einer möglichst niedrig zu bemessenden Maximumarbeitszeit weichen. Es dürfe behördlich nicht gestattet werden, daß willkürliche Ueberschreitungen dieser gesetzlichen Bestimmungen seitens der Unternehmer stattfinden. Die Behörde sei zu verpflichten, durch unabhängige Ueberwachungsorgane die genaue Einhaltung dieser Verfügungen zu kontrollieren, eventuell die Zahl dieser Inspektoren zu vermehren; zuwiderhandelnde Unternehmer seien streng zu bestrafen. Es sei ferner für die Einführung durchgehender Arbeitervertragsregeln sofort Sorge zu tragen, da die Gefahr der Selbstentwürdigung für die Arbeiter bei den zu erwartenden Miethunternehmungen bedeutend wachsen werde. Es sei für billige Wohnungen, gesunde und billige Nahrung zu sorgen und vor Allem seien die behördlichen Organe zum Verständnis und zur Achtung des Koalitionsgesetzes anzuweisen, resp. zu erziehen.

Nichts weniger als alles dieses werden die Arbeiter fordern müssen! Und mit vernünftiger Stimme, in Riensvernehmungen, für deren Besuch in der richtigen Weise agitiert werden wird, werden diese Forderungen an allen Ecken und Enden der Stadt hinausgeschrien werden müssen, so daß sie den auf den Ohren liegenden Herren und ihren behördlichen Handlangern in dieselben hineingellen.

Wenigstens einen großen Nutzen wird diese Agitation haben. Die riesige Unternehmungstätigkeit, die jetzt beginnen soll, wird die ungeheure industrielle Reservearmee, die sich infolge der Kriege in der letzten Zeit angeammelt hat, in Bewegung bringen. Kolossale Proletariatsmassen, die in dumpfer Verzweiflung ein verzwecktes Bagabundensleben geführt haben, die in verblödetem Indifferentismus verjumpt sind, werden mit einem Schlag an's Tageslicht befördert werden. Schon der erste Spatenstich, der die niedrigen Arbeiten, die Erdarbeiten, inauguriert wird, wird ein Heer solcher brotloser Existenzen arbeitshungrig bereit finden. Wenn auch nicht dem zündenden Blitz gleich, aber doch mindestens ein schleichendes Feuer erzeugend, wird der Funke der Agitation in diese Masse hineinfallen, und die chinesische Mauer, die diese Riesenscharen von der Agitation bisher abgeschlossen hat, wird wie von Josias drohender Bolzane geborsten zusammenstürzen. Mit dem Fallen des Arienwalles wird also eine mächtige Erweiterung und Ausbreitung der Organisation stattfinden. Und darum allein muß die Agitation fort und energisch in Angriff genommen werden.

Die indifferenteren Arbeitslosen, die von Außen zugewanderten Kulis können unmöglich taub und blind bleiben gegenüber den brillierenden Thatsachen, die die Sozialdemokratie Tag für Tag vor sich ins Treffen führen kann. Sie werden das erste Mal vielleicht gleichgültig bleiben, aber das zweite Mal spigen sie schon die Ohren, das dritte Mal passen sie genau auf und das vierte Mal schreien sie mit.

Die Agitation wird noch in einer anderen Richtung geführt werden müssen. Es ist gewiß, daß aus den zurückgebliebenen Brüdern Kulis aller Art, Italiener, Slovaken, Slowenen, Kroaten usw. in Massen herbeizitrennen und mit ihrer beispiellosen Verunglücktheit die heimischen Arbeiter herabdrücken werden. Ja, sie werden vor den Unternehmern mit Gewalt herbeizogen werden. Der

Herr Baron Virquet hat das aus der Schule geschwätzt. „Unsere Bevölkerung ist für solche Arbeiten nicht geeignet“, oder ähnlich. (Bergl. den betr. Artikel in Nr. 7 unv. Bl. Red. d. Grundstein.) Da wird es Aufgabe der organisierten Arbeiterchaft Wien sein, sich mit den organisierten Genossen der betreffenden Gegenden zu irgendwelcher Verbindung zu setzen, um ihrerseits die dortige arbeitssuchende Bevölkerung nicht etwa vom Zuzug nach Wien abzuhalten, sondern um sie darüber anzuklären, daß sie es gar nicht nötig habe, zu so elenden Löhnen zu arbeiten, wenn sie nur energisch will, und daß sie die Arbeiter in Wien nicht als aus dem Felde zu schlagende Konkurrenten, sondern als ihre Brüder und Genossen anzusehen habe.

In mehreren großen Versammlungen der Wiener Bauarbeiter wurde folgende dem Gemeinderath zu unterbreitende Resolution angenommen: Da der mehrjährige Stillstand der Bautätigkeit in Wien für die Arbeiter aller Baugewerke Mangel an Arbeitsgelegenheit herbeiführt hat, welche für Tausende von ihnen und ihre Familien Hunger, Obdachlosigkeit, nacktes Elend bedeutet;

da weiter der schlechte Geschäftsgang in allen anderen Gewerben und Industrien in diesem Winter mehr Arbeitslose auf's Pfahler geworfen hat, als schon seit vielen Jahren,

wird auf die baldige Zuangriffnahme der großen Verkehrsanlagen in Wien mit einiger Hoffnung gesehen als ein Abberungsmittel für den Augenblick, welches freilich den eigentlichen Ursachen der Noth des arbeitenden Volkes nicht abzuhelfen vermag.“

Aber auch nicht einmal momentan werden diese großen Bauten einen günstigen Einfluss auf die Lage der Wiener Arbeiter ausüben, wenn sie unter denselben Bedingungen ausgeführt werden, wie das bisher stets üblich war. Im Gegenteil! Befreit sogar die Gefahr, daß, wenn in großer Masse billige Arbeitskräfte mit trauriger Bedürfnislosigkeit aus der Provinz herbeizogen werden, die Lebenshaltung der Wiener Arbeiter, welche ja leider tief genug ist, durch die Hungerkonkurrenz noch mehr herabgedrückt wird. Die Behörden des Staates, des Landes und der Gemeinde haben eine doppelte Verpflichtung, dieser Gefahr vorzubeugen. Erstens sind alle Klassen der Bevölkerung, insbesondere aber der kleine Mittelstand, daran interessiert, daß der Lohn der Arbeiter und damit ihr Konsum nicht dauernd auf das Hungerniveau sinkt. Zweitens hat die Gesetzgebung in Oesterreich und ihre Durchführung durch die Behörden gegenüber den Arbeitern bisher konsequent jede Organisation so sehr gehindert, daß die Arbeiter des Baugewerkes außer Stande sind, aus eigener Kraft menschliche Lebensbedingungen zu erzwingen. Dieselben Behörden, welche die Arbeiter wehrlos gemacht haben, haben nunmehr die Pflicht, für sie einzutreten. Der Zuzug fremder Proletarier soll nicht etwa polizeilich gehindert, sondern dieselben durch das Gesetz gezwungen werden, wenn sie nach Wien kommen, als Menschen zu arbeiten, und nicht eine menschliche Behandlung zu verlangen. Uebrigens konstatieren wir, gewissen offiziellen Aendertungen gegenüber, überaus brüchlich, daß für alle notwendigen Arbeiten, die Erdarbeiten und Demolitionen eingeschlossen, Arbeitskräfte in Wien selbst in Hülle und Fülle — leider — zur Verfügung sind.

Aus diesen Gründen stellen die Wiener Bauarbeiter folgende Forderungen, bei welchen sie sich sehr wohl bewußt sind, daß sie angeklagt der herrschenden Noth sehr bescheiden auftreten gezwungen sind.

Wir verlangen, daß von Reichsrath, Landtage und Gemeinderathe die zu schaffende Kommission für die Verkehrsanlagen in Wien“ beauftragt werde, die Bauarbeiten nur unter folgenden Bedingungen in eigener Regie zu führen, oder an Unternehmer zu vergeben:

1. Als Minimallohn (Grundlohn) für einfache Handlangerarbeit bei Demolitionen und Erdarbeiten wird 1 fl. 30 Kr. für den Arbeitstag mit zehn reinen Arbeitsstunden festgelegt. Dieser Mindestlohn und diese Arbeitszeit hat auch bei etwaiger Aftorarbeit, welche möglichst zu vermeiden ist, festgehalten zu werden.
2. Weiter hat die genannte Kommission sich mit den Vertretern der Arbeiter in den einzelnen Zweigen des Baugewerkes über die Festlegung eines Minimallohn tarifes und einer Maximumarbeitszeit in's Einvernehmen zu setzen, und dürfen dabei den Bauarbeitern nicht schlechtere Bedingungen abgezwungen werden, als sie in dem Uebereinkommen im April 1890 erlangt haben.

3. Da für eine Reihe der auszuführenden Arbeiten gesetzliche Arbeiterchutzbestimmungen entweder gänzlich fehlen oder unklar sind, hat festgelegt zu werden, daß auf alle von der Kommission für Verkehrsanlagen“ auszuführenden oder zu vergebenen Arbeiten die Bestimmungen des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung, und zwar die auf fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmungen bezüglichen Bestimmungen Anwendung zu finden haben.

4. Zur Kontrolle der Einhaltung aller dieser Bestimmungen ist eine von der genannten Kommission gemeinsam mit den Arbeitervertretungen einzurichtende Inspektion einzusetzen.

Mit diesen gewiß bescheidenen Forderungen, welche um so beschwerender sind, als die Lebensmittelfteuerung ungleich steigt, erfüllen die organisierten Arbeiter einfach ihre Pflicht. Wenn ihre Mahnung erfolglos bleibt, wenn sie wieder taube Ohren finden, wie bisher immer, so fällt die schwere Verantwortung für die Folgen davon auf die herrschenden Klassen und ihre ausführenden Organe.

Auf die Petition ist folgende Antwort erfolgt: Mit Beziehung auf die mir im Januar l. J. überreichte Petition um Veranlassung der sofortigen Zuangriffnahme der derzeit auszuführen waren Arbeiten wird dem Vereine auf Grund des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Inneren vom 22. Februar l. J., Z. 3205, welches diesbezüglich mit dem hohen Finanzministerium, das Einvernehmen ge-



pflagen hat, eröffnet, daß sich die sofortige Demolierung der Linienwälle und Ausfüllung der Liniengräben insofern als unthunlich darstellte, als dernal nicht abzusehen ist, in welcher Weise die Baugründe durch die geplante Stadtbahn, durch Straßenzüge oder durch deren eventuelle Verbanung ihrer Situation oder Zerrainanlage noch in Anbndung zu nehmen sein werden.

Die sofortige Ausführung einer derartigen Maßregel wäre nur geeignet, einer späteren rationalen Arbeitsgebarung bei diesen Objekten vielfach vorzugreifen, und kann schon deshalb das geforderte Begehren derzeit nicht berücksichtigt werden.

Was dagegen die in der gegenständlichen Petition ferner erwähnte Finanzmaßnahme der Linienwalldurchbrüche anbelangt, so hat das hohe k. k. Finanzministerium die bei der Gemeinde Wien angeforderte Herstellung von vorläufig 11 solchen Durchbrüchen unter den verfassungsmäßig gebotenen Kautelen sofort gestattet.

Nachdem die für die Eröffnung der Linienwalldurchbrüche maßgebenden Rechtsfragen im Wege der Vereinbarung eine schnelle Erledigung gefunden haben, wurden seitens des Wiener Magistrates die Arbeiten an acht solchen Durchbrüchen bereits aufgenommen und schon diese Arbeiten nunmehr rasch vorwärts.

Wie in Erfahrung gebracht wurde, soll die Gemeinde Wien demnächst um die Bewilligung zur Eröffnung noch weiterer Linienwalldurchbrüche einzuschreiten beabsichtigen.

Wien, am 3. März 1892.

Kielmannsegg.

**Der Gewerkschaftsverein der Maurer und Steinmetzen**

Was die Durchbrüche anbelangt, so ist in der That dabei 80—100 Arbeitern Beschäftigung geboten worden — eine wahrhaft großartige, seltene Pflanzung der Nothhande!

Noch interessanter aber ist die Stelle, in welcher der Statthalter die Demolierung der Linienwälle als „unthunlich“ bezeichnet, weil ihre Finanzmaßnahme durch die Trasse der Stadtbahn „dermaßen nicht abzusehen“ ist, wenn man diese amtliche Erklärung der nicht minder amtlichen Erklärung desselben Statthalters in der letzten Landtags-Sitzung vom 3. März vergleicht; nur fünf Tage liegen dazwischen. Kielmannsegg sagte:

Was die Frage anbelangt, ob nicht sofort an die Befestigung der Linienwälle gegangen werden könne, so ist hervorzuheben, daß eine unbedingte Annahme wäre, als ob diese Befestigung durch die Rücksicht auf die nicht genügend fortgeschrittenen Projektarbeiten behindert würde. Die Trasse der Bahn steht so weit fest, daß die verhältnismäßig kurze Strecke, in welcher sie den Linienwall berührt, mit Verlässlichkeit bestimmt werden kann. Diese Arbeiten seien daher keinesfalls behindert. Das Handelsministerium hat sich der Zustimmung des Finanzministeriums versichert, durch welche es der Gemeinde Wien ermöglicht wird, Theilstreden des Linienwalles zu befestigen und mit dieser Arbeit sofort zu beginnen.

Das ist so ziemlich genau das Gegenheil von dem Inhalt obigen Erlasses! Wer erklärt den Widerspruch!

Aber auch so werden zunächst nur wenige Hunderte von den vielen Tausenden von Arbeitslosen Beschäftigung finden.

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Die Arbeitslosigkeit wurde vor einiger Zeit von der „Baugewerks-Zeitung“ geradezu sympathisch erörtert als eine Erscheinung, die geeignet sei, die „unbemittelten“, „freilichlichen“ Arbeiter mürbe zu machen und zur Ration zu bringen. Zeit spielt das Blatt einen anderen Faden:

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahre in fast allen großen Städten noch recht groß, da auch die Bau-thätigkeit gegen die Vorjahre erheblich zurückgeblieben ist, durch welche im beginnenden Frühjahre viele Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden. Die Spekulation hat sehr aufgehört, weil kein großes Bedürfnis zur Schaffung von Neubauten vorhanden ist, und das Kapital ist ebenfalls für Bauten nicht in der früheren Weise vorhanden. Viele Geschäfte, welche ihre Arbeiter nicht entlassen wollen, haben die Arbeitszeit reduziert. In Berlin verläßt man, die Arbeitslosen in die Provinzen zu befördern, wo meist Bedürfnis an Arbeitskräften vorhanden ist; aber das ist keine leichte Aufgabe, denn viele Arbeiter hängen lieber in der großen Stadt, als daß sie auf dem Lande arbeiten. Es ist eben die Arbeitsfrage und die Sucht, sich zu vergnügen, die bei den Arbeitern in hohem Maße vorhanden. Die Aussichten für die Bau-thätigkeit sind nach den uns zugegangenen Berichten fast in allen Städten unter der normalen Höhe, wodurch die Arbeiter in diesem Jahre zu leiden haben werden, ebenso wie die Arbeitgeber, denen der Verdienst verloren geht und welche außerdem für dieses Jahr recht erhebliche Steuern an die Berufs-genossenschaften zu zahlen haben werden, denn wenn wenig gearbeitet wird, so müssen die an die Arbeiter zu zahlenden Renten und die sonstigen Ausgaben der Berufs-genossenschaft auf eine geringere Einnahme verteilt werden, wodurch der Prozentsatz steigt. Bei ein-tretender größerer Arbeitslosigkeit werden deshalb die Lasten der Berufs-genossenschaften sich wesentlich vermehren und können recht bedrückend für diejenigen werden, welche in ihren Anlagen nicht auf diese Steuern, welche immer erst nach etwa Jahresfrist erhoben werden, Rücksicht genommen haben. Dazu kommt, daß in schlechten Jahren ersparungs-gemäß die Umlage betragt, seitens der Berufs-genossenschaften unvereinnbar sind, welche dann von den isolierten Mitgliedern übernommen werden müssen.

So, freilich, ohne der Arbeiter Arbeit geb'st nun einmal nicht. Dyna sie kein Unternehmerdoh!

Die Forderungen der Wiener Bauarbeiter, gestellt durch das Bureau der Wiener Verkehrsvereine, sind, soweit sie den im Einvernehmen mit den Gewerkschaften sich zuweilen in Mailand betreffen, selbst bei dem sozialpolitisch fortgeschrittenen Theile der liberalen Parlamentarier auf den größten Widerstand gestoßen. Es schien ihnen etwas „Unerschöpflich“, was die Bauarbeiter da verlangten.

Gegenständlich haben wir mitgetheilt, daß dieses „Unerschöpfliche“ in Paris längst Gesetz und bewährte Praxis ist. Nun wollen wir berichten, wie in England, dem Musterlande des Manchester-Liberalismus, solche Dinge beurtheilt und behandelt werden. In einem der letzten Hefte der „Neuen Zeit“ wird ausgeführt, was der (jetzt abgetretene) Liberal-Londoner-Grasshaff-Rath in Bezug auf Sozialpolitik geäußert hat:

„Wohin der Grasshaff-Rath aber anderen städtischen Verwaltungsvorgängen ist, das ist die Art, wie er die Arbeiterfrage, soweit sie in sein Verwaltungsbereich fällt, behandelt hat. Und es sind, was nicht zu vergessen ist, mit allseitiger Ausnahme von John Burns, alles gut bürgerliche Elemente, welche den Londoner Grasshaff-Rath bilden, denen nichts ferner liegt, als an dem Bestande der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu rütteln. Nichtsdestoweniger haben sie in besagter Hinsicht Dinge gethan, die selbst von den „demokratischen“, „Stadtbildern Deutschlands als der reinen, selbstthätigen Umkehr betrachtet werden würden.“

Eine der ersten Maßregeln, welche der Grasshaff-Rath seiner Zeit, war die Herabsetzung der Arbeitszeit der von ihm direkt beschäftigten Arbeiter. So wurde die Arbeitszeit der Kanalionsarbeiter von 68 auf 54 Stunden wöchentlich reduziert, dagegen der Arbeitszeit von 5 Pence auf 7 Pence (35 Kreuzer) pro Stunde erhöht, ihre Auszahlung, die sie bisher selbst hatten beschaffen müssen, ihnen erheblich verbessert unlosig zugesetzt, und außerdem ihnen, wie überhaupt älterer vom Grasshaff-Rath angestellten Arbeiter eine Woche Urlaub im Sommer bei vollem Lohn bewilligt. Dergleichen wurden die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den städtischen Parks, sowie der Angestellten der Feuerwehre verbessert und die Mehrausgabe dadurch einzubringen gesucht, daß, wo es anging, auf die Zwischenunternehmer verzichtet wurde. Vielfach wurden auch — gegen alles Herkommen — Auktionen an den Geschäften der höheren Beamten gemacht. Zum Beispiel wurde das Gehalt des Deringmeisters von 2200 £ auf 1500 £, das des Chefs der Feuerwehre von 1200 £ auf 800 £ reduziert, für den Gerichtsamt des Strafathes 1000 £ statt wie bisher 1700 £ angesetzt, und mit dem Pensionsantrag der höheren Beamten gedroht. Für diejenigen Arbeiter, welche der Rath nach der Lage der Dinge — vielmals in der That nach — gesetzlich dazu verpflichtet — Zwischenunternehmern übergeben muß, ist als bestehender Grundsatzz beschloffen worden, daß diese Zwischenunternehmer sich kontraktlich gegen eine hohe konventionale Strafe verpflichten müssen, erstens von diesen Arbeiten ohne ausdrückliche Bewilligung des Rathes, die nur ertheilt wird, soweit es sich um Arbeiter handelt, die der Unternehmer aus technischen Gründen nicht in seinem Geschäfte anfertigen lassen kann, keine weiter zu vergeben; zweitens — den mit der Ausführung betrauten Arbeiter solche Löhne zu zahlen und Arbeitsstunden auszuwerlegen, welche in dem betreffenden Industriezweige allgemein als anständig („fair“) anerkannt sind. Da der Begriff „anständig“ sehr elastischer Auslegung fähig ist, so hat der Grasshaff-Rath in der Praxis sich, wo es anging, mit den Arbeiterorganisationen der betreffenden Industrie über die betreffenden Sätze verständigt. Auch bei Feststellung des Begriffes der Nebenkontrakte wurden Vertreter der organisierten Arbeiter als Sachverständige hinzugezogen und es dürfte nicht uninteressant sein, hier festzustellen, daß die Arbeiter alle Arbeit, die nicht im Tagelohn angefertigt wird, für Nebenkontrakte — oder Schwimarbeit begehren.“

Ein Maurerstreik brach Anfang voriger Woche in Triest aus. Die Streikenden forderten Reduktion der übermäßig langen Arbeitszeit und Vöhnerhöhung. Eines 1200 Maurer traten in den Streik ein, wodurch ca. 700 andere Maurer und Handlungsbeschäftigtenlos wurden. Ueber den Ausgang liegt uns bei Schluß der Redaktion noch keine Mittheilung vor.

**Urtheile über den Gewerkschaftskongress.**

Die „Baugewerks-Zeitung“ sieht die einzige Bedeutung des Kongresses darin, daß der General-Kommission die Beugnis, Streiks zu unternehmen, entzogen wurde. Dadurch, meint das Weiser-Organ, sei der Kommission „überhaupt jede Bedeutung genommen worden“, denn, wenn kein Geld mehr gegeben werden dürfte, so werde man „auf die Rathschläge der Kommission gern verzichten“. Auch ein Urtheil, aber ein recht dummes.

Die Berliner „Volks-Zeitung“, welche seit einiger Zeit auf die Ideen des Dr. Wajfers eingehend eingeworfen zu sein scheint, wirft dem Kongress vor, daß er auf „Formenwandel“ überschwängliche Bedeutung gelegt habe. Die „Kopie“ des von den Fachvereinen so viel geschmähten Hirsch-Lunder'schen Verbandes sei zwar versucht (?), aber nicht erreicht worden. Ueber die lokalen Vereinigungen und die Zentralisation wird gesagt:

„Wenn die Arbeiter eines Landes sich berufsmäßig organisiren wollen, so kann dies nach zwei Hauptstufen geschehen. Entweder geht man von lokalen Vereinigungen aus und hält diese als hauptsächlichste und selbstständige Einheiten aufrecht, so daß die verschiedenen „Fachvereine“ ihre Angelegenheiten und Klaffen für sich führen; und untereinander nur ganz lose zusammenhängen.“

Oder man legt den Schwerpunkt in die nationale Vereinigung, welche ein einheitliches Statut und Verbände besitzt und von welcher die örtlichen Vereine nur abhängige Glieder, Zahl- oder Verwaltungsstellen, bilden. Dies ist der einfache Gegensatz zwischen der totalen Organisationsform, die in Deutschland die Verbindung unter den einzelnen Fachvereinen gleicher oder verwandter Berufe durch Repräsentanten und verhältnißmäßig große anrecht erhält, und der „genialistischer“ Organisationsform mit leitendem und geführendem Haupt-Vorstand und gleichberechtigter und wählender Generalversammlung (Delegirtenrat).

Beide Formen haben — wie ja auch die analogen Formen im Staatsteben — ihre Vorzüge. Der erstere eignet größte Freiheit und Mannichfaltigkeit, der letztere größte Einheit und Kraft. Daraus ergibt sich schon, daß, so lange die Berufsorganisation der Arbeiter in erster Reihe auf den Kampf gegen die Unternehmer angewiesen sein soll und muß, der Zentralorganisation entschieden die Vorrang gebührt. Wenn trotzdem in Deutschland die lokale Organisation noch in ziemlichem Umfange besteht, so liegt das nicht etwa an der überwiegenden Friedfertigkeit der betreffenden Städte und Berufe, sondern an politischen, örtlichen und wohl auch persönlichen Verhältnissen. Vor allem ist das verfloessene, auch auf diesem Gebiete unheilvolle Sozialistenelement, aber auch die bestehende Vereinsgesetzgebung im größten Theile des Reichsgebietes, mit ihren Erbsverurungen jeder Gemeindschaft unter den sogenannten politischen Vereinen, daran schuld, und andererseits die falsche und höchst schädliche Tendenz, in den Fachvereinen wirtschaftlich-josiale mit partei-politischen Thätigkeit zu verannden. Das gerade Verhältniß der Hauptstärke dieser Richtung ist, kann und nicht abhalten, der großen Mehrtheit des Gewerkschaftskongresses in ihrer Verwerfung beizupflichten. Allerdings hätte der Kongress nicht das Stünd mit dem Weiser-„Instituten“, man mit der politisirenden auch die rein gewerbliche Lokalorganisation verurtheilen sollen. Das Ausschneiden der Vertreter auch der letzteren Richtung war die unthunliche Folge.“

Da befindet sich die „Volks-Zeitung“ in einem großen Irrthum. Der Verwerfungsbeschluß des Kongresses richtet sich grundsätzlich lediglich gegen politische gewerbliche Lokalorganisationen. Das Nähere darüber findet unsere Leser in unserem heutigen Kongressartikel. — Der „Gewerks-verein“ des Dr. Wajfers meint, es müsse einer Arbeiterbewegung zum Nutzen gereichen, wenn der Hauptstrom eine Richtung einschlägt, in der er sich ohne Zweifel in das Meer der Gewerksvereins-See ergiebt. Er behauptet, der Kongress habe den ersten Schritt auf diesem Wege offiziell gethan, indem man sich für die zentralisirte Organisation nach Berufen entschied.

Die Weisen des Harmonieorgans sind also von der Ansicht erfüllt, daß die „Gewerksvereins-Idee“ sich nicht vordringe? Das ist kaum zu glauben. Die Herren wissen sehr wohl, welcher Unterschied zwischen der Idee der Organisation sozialistischer Arbeiter und der „Gewerksvereins-Idee“ ist. Mit der Idee hat die Frage der Organisationsform gar nichts zu thun; das ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Der „Gewerksverein“ spricht die Hoffnung aus, daß die sozialistischen Arbeiter in Deutschland „es einmal müde werden mögen, Ideen und Zielen nachzugehen, die sich niemals erfüllen lassen und daß sie alsdann um so eifriger be-treben werden, praktische Gewerksvereins-Bestrebungen zu verfolgen“. Das Organ der Harmonie-Differ meint die sozialdemokratischen Ideen und Ziele. Ihm gegenüber klar zu legen, wie uninnig es ist, zu hoffen, die sozialdemokratischen Arbeiter würden „müde werden“, diesen Zielen und Zielen nachzugehen, halten wir für überflüssig. Was er unter „praktischen Gewerksvereinsbestrebungen“ versteht, wissen unsere Leser zur Genüge. Wir brauchen auch darauf nicht einzugehen.

Die Böhmer'sche „Sozial-Korrespondenz“ schließt ihren Bericht über den Kongress mit folgender Bemerkung:

Die Vertreter der Lokalorganisationen, welche gerade, um in den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter Politik treiben zu können, die lokale Organisation empfinden, erfahren eine energische Zurückweisung. Als Aufgabe der Gewerkschaften wurde, ohne sonst irgendwie auf die Geltendmachung der politischen Ueberzeugung zu verzichten, die Organisation der Arbeiter zu wirtschaftlicher Selbsthilfe anerkannt. Damit hat ein bedeutender Theil unserer klaffenbewußten Arbeiterschaft ausgesprochen, daß er eine Befreiung seiner Verhältnisse auch unter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsform für möglich hält. Mögen Staat und Gesellschaft nun auch durch eine weisse Politik dazu beitragen, diesen Glauben zu stärke und zu befestigen.

Es hat nicht erst des Halberstädter Gewerkschaftskongresses bedürft, um den Verein zu liefern, daß die klaffenbewußte Arbeiterschaft aberzeugt ist, durch Koalition auch auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung eine Besserung ihrer Verhältnisse erreichen zu können. Aus keinem anderen Grunde hat diese Arbeiterschaft seit länger als zwanzig Jahren sich bemüht, entsprechende Organisationen zu Stande zu bringen. Aber die „weiße Politik“ der Regierungen und der herrschenden Klaffen hat diese Bemühungen bekämpft, die Organisationen gestört und zerstört, das Koalitionsrecht der Arbeiter nach Möglichkeit unterdrückt und geschnitten. Die „weiße Politik“ hat sich parteilich zur Unterdrückung der Interessen des Kapitalismus gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter aufgeworfen. Und sie wird es wohl auch weiterhin thun, was aber die klaffenbewußten Arbeiter nicht abhalten wird, ihr Recht zu verteidigen.

**Der Indifferentismus der Arbeiter**

Ist der Arbeiter schlimmer Feind, die seine Gleichgültigkeit gegen das eigene Interesse, die eigene gute Sache. Würde diese Gleichgültigkeit nicht, die gewerkschaftlichen Organisationen der



Arbeiter würden eine andere Macht repräsentieren, als sie gewöhnlich es thun, eine ausschlaggebende Macht, mit der das Unternehmertum rechnen mußte. Aber so sehen wir, daß in allen Branchen nur ein verhältnismäßig kleiner Theil der Arbeiter organisiert ist. Die Masse hält sich der Organisation fern; sie nimmt wohl gerne Theil an den Erhebungsaktionen, welche die kämpfende Organisation macht, aber selbst mit zu kämpfen, das fällt der Masse nicht ein. Sehr lehrreich in dieser Beziehung ist, was der badische Fabrikinspektor Dr. W. Brückhoff in seinem Werke über die soziale Lage der Arbeiter in Mannheim mittheilt. Er zeigt, daß ein großer, ja in seiner Gesamtheit der größte Theil der Arbeiter keiner Organisation angehört. Die Zusammenstellung der äußeren Verhältnisse der in Mannheim vertheilten oder beschäftigten Gewerks- oder Handwerker" ergibt den Beweis für die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen ihre Organisation. In der Statistik der "Vereinigung der Schmiede" waren 1889 78 Mitglieder, während in Mannheim selbst 300 Schmiede beschäftigt wurden. Von den in Mannheim beschäftigten Schlossern gehörten im Jahre 1890 nur 50 dem Fachverein an, während 60 pSt. demselben indifferent gegenüberstehen. Der Lokalberein der Former zählt 1889 in Mannheim und eine Stunde im Umkreise 240 Mitglieder, 1/3 der in diesem Gebiete beschäftigten Berufsgenossen fand dem Verein fern. Der Verein vernahmte im Berichtsjahre M. 1927 und herausgabte M. 1196, darunter M. 500 für Fachzeitungen und wissenschaftliche Blätter, M. 257 für Reiseunterstützung, M. 215 für ausgesperrte und freilebende Kollegen, M. 124 für Restauration, M. 75 für Bureaukosten und M. 25 für die Bibliothek. Der Lokalberein der Spengler und Installateure zählt 1890 60 Mitglieder, auch hier steht das Verhältnis zu den in Mannheim und Umgebungen beschäftigten Berufsgenossen. Der Deutsche Tischlerverband hatte in Mannheim und nächste Umgebung 200 Mitglieder, hier war das Verhältnis 1 zu 3. Die Mehrheit gehörte also der Fraktion nicht an. Von den nun in Mannheim beschäftigten Drechsler gehörten nur 50 pSt. der Organisation an. Der lokale Unterfütterungsverein der Bildhauer zählte 15 Mitglieder. Auch der Unterfütterungsverein der Tabakarbeiter ist in Mannheim nur schwach. Er zählt 49 Mitglieder, was im Verhältnis zur Bedeutung des Industriezweiges nur eine sehr geringe Beteiligung zu nennen ist. Grund hierfür soll die fast ausnahmslose Beschäftigung von Arbeitern sein, welche zum Anschluß an Organisationen nicht geneigt und nicht geeignet sind." Auch von den Buchdruckern gehörten 50 pSt. in dem Erhebungsbezirk Mannheim, Neckarau, Adenburg, Weinsheim und Ißesheim dem Unterfütterungsverein Deutscher Buchdrucker im Jahre 1872 nicht an. Der lokale Fachverein der Lithographen, Steindruck- und deren Hilfsarbeiter zählte im Jahre 1890 15 Mitglieder, während noch 6 in Mannheim beschäftigte Berufsgenossen dem Fachverein nicht angehörten. Der zwanzigste Theil der in Mannheim und Umgebung beschäftigten Maurer gehörte 1889 dem Fachverein der Maurer nicht an. Im dem Fachverein der Steinmetzen waren 1889 30 Mitglieder, während noch 100 in Mannheim beschäftigte Berufsgenossen dem Vereine nicht angehörten. Von 300 in Mannheim 1883 beschäftigten Zimmerleuten gehörten nur 87 dem Verbandsdeutscher Zimmerleute an. Von 250 in Mannheim, Kästorf, Freundheim, Biernheim und Neckarau 1890 beschäftigten Gipsern und Stukkateuren gehörten nur 44 dem Fachverein und 100 dem Reichsdeutschen Gewerbeverein an. Von den Malern, Tändlern, Vätrern und Anstreichern gehörten 1887 in Mannheim 1/3 dem Verein nicht an. Von den Malern waren in Mannheim 1885 45 im Verbands, während 20 theilnahmlos draußen standen. Auch bei den Käufern waren 1888 nur 70 im Fachverein, während auch hier 80 dem Vereine nicht angehörten. Bei den Sattlern waren 1890 die Hälfte im Vereine. Ebenso waren auch bei den Tapezierern 1890 in Mannheim und Ludwigshafen nur 44 im Verein, während 48 demselben nicht angehörten, 32 Buchbinder waren 1888 im Fachverein in Mannheim, 32 standen demselben fern." Während 1888 der Schneider- und Schneiderinnenverband in Mannheim nur 120 Mitglieder zählte, gehörten 800 dem Verbands nicht an. Von 320, 1884 in Mannheim beschäftigten Schuhmachern gehörten nur 70 dem Verbands an. Etwas besser steht es mit dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Getreidearbeiter, der Verein zählte 1890 in Mannheim und Ludwigshafen 110 Mitglieder, 40 noch in beiden Orten beschäftigte Berufsgenossen gehörten dem Verein nicht an.

Nach vorstehender Zusammenstellung wären also in Mannheim und Umgegend circa 2128 Arbeiter organisiert. Gegenüber der großen Zahl von Arbeitern in diesem industriereichen Erhebungsbezirk nur eine verschwindende Zahl.

Und so ist es leider fast überall! Die Masse der Arbeiter muß erst dem Indifferentismus entrisen werden, ehe die gewerkschaftliche Organisation zur vollen Machterhaltung gelangen kann.

Schlamm genug, daß die Organisation durchweg mit diesem Uebelstand zu rechnen hat. Aber noch schlimmer ist, wenn ein sogenanntes "Arbeiterblatt", das von einem sogenannten "Kenner der Gewerkschaftsbewegung" (?) geleitet wird, der Berliner "Bauehändler" wie wir in letzter Nummer mitgetheilt haben, e h r l o s genug ist, über die sogenannten "Verbänden" deshalb in dummer Weise zu föhnen, weil dieselben nicht "die Masse der Berufsgenossen" umfassen. Die gewerkschaftliche Organisation würde ohne solche eine "Arbeiterpresse" und solche "Arbeiterführer" wohl weiter sein. Denn diese Herren haben es geradezu darnach angelegt, der indifferenten Masse den jämmerlichen Vorwand zu lassen, daß die Organisationen "ja doch nichts nützen". Da hat die tiebe Gleichgültigkeit und Dummheit doch eine "Entschuldigung".

Die Arbeit jener Herren "Führer" wird aber nichts nützen. Die Mägen und die Dpfer der Ehtlichen und

Verständigen werden es doch dahin bringen, daß der Indifferentismus der Masse gegenüber der Organisation aufgehört.

### Ueber die erzieherische Wirkung der Gewerkschaften

äußert Jemand, offenbar ein Arbeiter, sich in der "Vielstolzer Volksmacht". Er wirft die in letzter Zeit so oft gehörte Frage auf: "Sind die Gewerkschaften wirklich ein Werk der Weisheit für die Arbeiterbewegung?" und führt dazu an: Wenn solche Frage vom aufgearbeitet sein wölkenden Arbeiter aufgeworfen wird, muß man sich in der That wundern, denn die Gewerkschaften haben eine unermeßliche Bedeutung als Schule für die wirtschaftliche und politische Erziehung des Proletariats. Kein Stand und keine Klasse wird mit dem vollen Bewußtsein der historischen Rolle, welche ihm zufällt, geboren. Jede emporkommende Bevölkerungsschicht reißt durch lange Erfahrungen und durch unausgesetzte Selbstthätigkeit zu der äußeren Einheit und der inneren Kraft heran, ohne welche ihr selbst im gerechtesten Kampfe kein Sieg beschieden ist. Auch das Proletariat muß an sich arbeiten, um alle Irrthümer und Vorurtheile abzulegen, und um von seinem Stande alles Kleinliche und Gehäßige abzustreifen, das ihm noch anhaftet. Ja, es muß härter an sich arbeiten, als es jemals andere Schichten gethan haben — weil es durch seine Noth und seinen Lebenskampf tiefer herabgebrückt wurde, als es etwa das Bürgerthum in der Zeit seines Emanzipationskampfes war.

Den Gewerkschaften fällt hier eine große Aufgabe für die Förderung der ganzen Arbeiterbewegung zu. Diese Bewegung reicht ja weit über die engen Schranken einer bloßen Lohnbewegung hinaus; die soziale Frage ist keine bloße Magenfrage, sondern eine Frage der Neugeschaltung aller Beziehungen der Menschen untereinander, eine Frage der Unabhängigkeit und der Würde aller — heute nach Erlösung Verlangenden. Aber die Magenfrage ist es, welche die Indifferenten zuerst in Gehörung versetzt, mittelst welcher sie zuerst zu allen höheren Bestrebungen herangezogen werden können; und gerade der Lohnkampf — selbst der von Missethat begleitete — ist es, welcher Disziplin und Manneszucht, Opfermuth und ein unerlöschliches Solidaritätsgefühl in den Reihen des Proletariats großzieht.

Von Seiten der kapitalistischen Presse wirft man uns vor, daß durch Streiks die Arbeiter verrohten, indem dieselben zu Ausschreitungen verleitet. Aber wenn dies jemals zutrifft, dann gilt es sicherlich nur von den zerplitterten, unorganisirten Streiks. Denn die organisierten, gewerkschaftlich geführten Streiks haben sich im Gegentheil stets als eine vortheilhafte Schule für Disziplin und Selbstbeherrschung erwiesen.

Dem in einer organisierten Gewerkschaft befindlichen Arbeiter wird der Nachweis gebracht, daß die Konkurrenz der Unternehmer untereinander die Löhne heute drücken muß, und daß diesem Nothstand nicht durch einzelne Gewaltthätigkeiten, sondern nur durch Organisation aller Arbeiter eines Berufes, welche sich zur strengen Einhaltung eines festen Lohnmaßes verbinden, vorgebeugt werden kann. Hierdurch ist der Lohnkampf aus bloßen Drohungen und rohen Kraftproben gegen einzelne Fabrikanten emporgehoben zu der Höhe eines opferwilligen und energischen, aber auch ebenso ruhigen und zielbewußten Zusammenhaltens der Arbeiter.

Die Gewerkschaftsbewegung öffnet den Arbeitern die Augen darüber, wie die Maschinen, die technischen Verbesserungen, auf sich mit ein Förderungsmittel der Kultur sein sollten, wie dieselben dazu dienen könnten, dem Arbeiter so viel freie Zeit zu verschaffen, daß er an den Schätzen der Bildung theilnehmen, daß er sich mehr erholen und in edler Weise gestreuen kann. Sie zeigt also, wie die Maschinen nicht der Feind sind und wie sie zum Theil schon heute gegenständig wirken können, wenn die Arbeiter durch ihre Solidarität eine Herabsetzung der Arbeitszeit oder eine Erhöhung des Lohnes durchsetzen.

So wird die Kraft, die früher in zerstörender Weise eppobirte, eingelenkt in die Bahn, die Arbeitsmassen aufzurütteln aus ihrer verderblichen Gleichgültigkeit, sie aufzuklären über die ganze wirtschaftliche Lage und sie zu organisiren — weil darin allein die Vorbedingung dauernder Erfolge im Lohnkampfe liegt. Die Gewerkschaftsbewegung hat auf diese Weise Großes gethan, die Arbeiter wirtschaftlich und politisch zu heben. Sie hat die Arbeiter überhaupt erst zu wirtschaftlichem Nachdenken herangezogen; sie hat ihnen einen Einblick in das ganze Wirtschaftsgewerbe, in das verhängnisvolle Wirken von Angebot und Nachfrage" verschafft; sie hat ihr Solidaritätsgefühl, ihr Klassenbewußtsein geweckt, ihre Ausdauer gestärkt und ihren Opfermuth gefestigt.

Und diese gewaltige erzieherische Wirkkraft, mit der alle Fortbildungsschulen, alle Bibliotheken und Museen, alle Kirchen, wie sie heute beschaffen sind, sich nicht messen können — sie sollte schließlich in nichts weiter enden, als in Verrohung und Verderbtheit der Massen?

Nein, das glauben die Gegner selber nicht; das hat auch alle Erfahrung längst als ganz sinnlos erwiesen! Aufrüstung und Solidarität, die Gewerkschaftsbewegung befördert dieselbe unter den bis dahin indifferenten und zerplitterten Arbeitern, und für die Arbeiterbewegung trägt sie hierdurch — auch über die Fragen des bloßen Lohnkampfes hinaus — die reichsten Früchte. Das Bewußtsein des Klassengegensatzes erwaucht für die Mehrzahl der Arbeiter zuerst bei dem Ringen um bessere Arbeitsbedingungen oder bei dem Widerstand gegen Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Da fühlen die Massen zunächst den Druck und die Macht des Kapitals, da lernen sie, wie schwach der Einzelne gegenüber diesem unerlöschlichen Gegner ist; da erkennen sie aber auch, daß die Einzeltätigkeit vermag, und ihre Gedanken schneifen dann sehr bald über das rein gewerkschaftliche Gebiet hinaus; sie werden sich bewußt, daß sie nicht nur, soweit es ihren Beruf angeht, geschlossen

zusammenzutreten haben — sondern daß sich die vom Kapital abhängigen aller Berufs die Hand reichen müssen, um auch politisch, durch eine allgemein gültige Selbsterhebung, dem Kapital Abgel anzuweihen und festen Boden für fernere Fortschritte zu gewinnen.

Nach Eins sollten sich die Genossen, welche die Gewerkschaftsbewegung für zwecklos halten, merken, nämlich die behörbliche Drangsalirung und die gerichtliche Verfolgung, welche den Gewerkschaften zu Theil werden, doch gewiß nur deshalb, weil die Gegner mit dem richtigen Instinkt ihrer Klasse in der gewerkschaftlichen Organisation eine brauchbare Waffe des Proletariats erkennen; denn was man nicht fürchtet, beachtet und verfolgt man nicht. Doch haben sich alle Vergewaltigungen einer so naturwüchsigem Volksströmung gegenüber als ohnmächtig erwiesen. Die Gewerkschaften sind bis jetzt siegreich aus diesen Kämpfen hervorgegangen und werden es auch weiter um so leichter, je mehr sich die Genossen ihren Berufsorganisationen anschließen. Darum heißt es auch auf diesem Felde: Unverzagt vorwärts!

### Situationsberichte.

#### Maurer.

Neustadt i. O.-Sch. Am Donnerstag, 17. März, fand im Vereinslokale des Arbeiterbildungsvereins in Neustadt eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung der Bauarbeiter statt, zu welcher sich auch viele andere Arbeiter eingefunden hatten. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Maurers H. Lorenz aus Großhain, Diskussion und Beschlüsse. Kollege Lorenz referirte über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und suchte aus, daß die Arbeiterschaft schon im grauen Alterthum sich im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lebenslage befunden habe. Im Mittelalter habe hauptsächlich die Kirche die größte Macht besessen, dieselbe habe aber nichts für die Arbeiter gethan, sondern den Bestrebungen derselben immer Hindernisse in den Weg gelegt und heute, wo der Kampf am heftigsten tobt, und die Arbeitslosigkeit immer mehr um sich greift in Folge der immer mehr fortschreitenden Technik, — auch jetzt bekämpft die Geistlichkeit die Arbeiter und wolle von einer Arbeitszeitverkürzung und von der Umwandlung des Privat-eigentums in Gemeineigentum nichts wissen. Sie lehne, wie sie es immer gethan, den kapitalistischen schmutzigen Sandlangerdienste, indem sie immerfort gegen die "Begehrtheit" und "Unzufriedenheit" der Arbeiter predige und sie auf das Jenkies verweise. Sie selbst aber könnte nicht genug Reichthümer zusammenzählern. Deshalb müsse sich jeder Arbeiter bewußt werden, daß es nur ein Mittel gebe, ihre Lage endgültig zu verbessern und dieses sei die Verwirklichung des Programms der Sozialdemokratie. Jeder Reichthum lohnte den Arbeiter für seine Ausschreitungen. Der Vorkisende forderte sodann die etwa anwesenden Gegner auf, das Wort zu nehmen, wenn sie nicht mit dem Vortrage einverstanden wären. Aber Niemand meldete sich, wie das ja auch immer so ist. Die Gegner wagen es nur, hinterherrs über uns herzufallen und unsere Ausschreitungen zu verüben und uns unwahre Thatsachen nachzureden, dieses geschieht namentlich in den katholischen Arbeitervereinen, in denen sie keine Redefreiheit gewähren. Dort läßt es sich am besten machen. Da sich also kein Gegner meldete, forderte der Vorkisende Maurer Schönbek die Anwesenden auf, die Worte des Referenten recht zu beherzigen und eruchte dieselben, auch die Vereinsversammlungen recht fleißig zu besuchen, denn durch öfters Zusammenkommen werde der Arbeiter belehrt, daß er nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte zu beanspruchen habe. Die Versammlungen sollen hauptsächlich dazu dienen, die Arbeiter in der Gewerbeordnung und in den Arbeiterkammern zu belehren, so daß sie die wenigen Rechte, welche ihnen gegeben, resp. gelassen sind, auch auszuüben können. Diese Belehrung sei hauptsächlich bei uns am nöthigsten, denn wenn die Arbeiter geistesfundiger wären, so könnten solche Mißbräuche, wie solche bei uns in letzter Zeit vorgekommen, namentlich bei Kündigungsgeldern und bei dem Krankentafelwesen, gar nicht stattfinden. Es möchte sich also Mann an Mann der Vereinigung anschließen und Jeder seine Pflicht thun. Jeder der Anwesenden habe einen Kollegen anzuwerben und unsere neugegründete Zählstelle würde blühen und gedeihen. Es habe auch Jeder dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nur bei solchen Geschäftleuten das Geld beziehen und ihre Einkäufe besorgen, die uns freundlich gesinnt sind. Dann werde es uns auch niemals an großen Lokalen fehlen, in welchen wir uns versammeln könnten. Nur durch gemeinsames Arbeiten könnten wir Erfolge erzielen. Auch seien die Arbeiterblätter fleißig zu lesen, denn nur diese könnten den Arbeiter über seine Lage aufklären, nicht die Blätter der Bourgeoisie, diese hätten nur das Interesse, ihren Selbstzack schnell zu füllen. Wenn ein Jeder seine Pflicht thut, sei uns der Sieg gewiß. Der Vorkisende schloß hierauf die Versammlung, in welcher gewiß manch Körnlein Wahrheit auf guten Boden gefallen sein wird, um 12 Uhr Nachts.

Leipzig. In einer am 9. März stattgefundenen Maurerversammlung wurde beschlossen, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands usw. als Einzelmittglieder beizutreten, sowie den Vorstand zu erwählen, zwecks Aufnahme der Mitglieder und Erhebung der Beiträge einen Vertrauensmann zu ernennen. Als solcher wurde Kollege Wilhelm Graupner von der Versammlung in Vorhlag gebracht. Derselbe ist nun von dem Vorstand beauftragt worden und werden Mitglieder von ihm aufgenommen. Sonabend von 7 bis 8 Uhr Abends im Verchrislokale, a. b. u. anderen Abend von 6 1/2 bis 8 Uhr Abends und Sonntags von 10 bis 12 Uhr Vormittags in seiner Wohnung, Thalfstraße 31 IV, in Leipzig.

Nordenham. Am Sonntag, den 13. März, tagte im Lokale des Herrn Witting die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Im ersten Punkte der Tagesordnung machte der Kassirer den anwesenden



Kollegen die Mitwirkung, daß der erste Bevollmächtigte...

Wandobber. In der von der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

Nitzdorf. Eine öffentliche Versammlung der Maurer und verwandten Berufsge nossen fand am Montag, den 21. März...

Weißgatter. Am 23. März tagte eine öffentliche Generalversammlung der Maurer, wozu auch die Zimmerer...

Wandobber. Eine öffentliche Versammlung der Maurer und verwandten Berufsge nossen tagte am 17. März...

Lübeck. Am 23. März fand hier selbst im Berliner Hof eine öffentliche Versammlung der Maurer statt mit der Tagesordnung: Richterstattung der Lohnkommission...

Dannover. Eine öffentliche Maurerverammlung tagte am 22. März unter dem Vorsitz der Kollegen R. K. und T. K. im großen Saale des „Ballhofs“...

schalt müsse Gemeinut des Volkes werden; aber wie sei es damit bestellt? Der verfloßene Reichsfänger habe gesagt: „Was soll aus dem Kinde eines Arbeiters werden, wenn es mehr kann, als Lesen und Schreiben?“...

Bunzlau. Eine öffentliche gutbesuchte Bauhandwerker-Versammlung tagte am 19. März im „Goldenen Stern“ mit der Tagesordnung: 1. Die Arbeiterfrage...

Table with 5 columns: Ort, Zeit, St., Gr., Zusammen. Rows for Rom, 14. März bis 8. Oktob., 14. Oktob., 14. Nov., 23. Febr.

Eingefandt.

Wie man Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemeinschaftlich regelt.

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Stellingen-Längenfelde und Umgebung hatten am 22. November vorigen Jahres mit den Maurermeistern eine gemeinschaftliche Besprechung...



hältnissen soll der Meister eine andere Arbeitszeit bestimmen können.

Die näheren Bestimmungen über Anfang, Ende und Pausen der Arbeitszeit, welche im Sommer 10 Stunden betragt, sowie über den Lohn: welcher 50 1/2 pro Stunde und für Nachtarbeit 60 1/2 betragen soll. Sind in Zeitungsformat gedruckt und ein Exemplar dem Bevollmächtigten der Zahlstelle uners Verbandes durch den Zimmermeister W. Rinze zugefickt und gleichzeitig per Postkarte mitgeteilt, daß dieser Tarif vom 1. Mai 1892 bis auf Weiteres gültig ist.

So regelt man also zwischen Meistern und Gesellen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Was bleibt da den Arbeitern übrig, wenn sie die vom vornannten Unternehmern diktierten Löhne usw. nicht annehmen können? Sie greifen zum äußersten Mittel, zum Streik Und dann schreien diese Menschen über maßlose Forderungen und Verrohung der Arbeiter. Welche Gesellschaft.

Aus Nordenhain.

Im Herbst vorigen Jahres wurde hier eine Zahlstelle des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands gegründet, worüber natürlich die Herren Meister sehr ärgerlich waren. Bis dahin hatten die hiesigen Kollegen ein sehr bescheidenes Stilleben geführt und sich um ihre Lage wenig gekümmert und waren deswegen auch „brave“ Arbeiter geblieben. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Meister noch ärgerlicher wurden, als ihnen ein von den Gesellen ausgearbeiteter Lohnarif, eingehändigt wurde, nach welchem täglich nur 10 Stunden gearbeitet und der Lohn von 40 auf 45 1/2 die Stunde erhöht werden soll. Einige Meister hatten sich zu demselben bereits zustimmig erklärt, die Mehrzahl jedoch nicht. Für diese war es ein rechter Trost, daß ein Junngesmeister aus Bremerhaven (den Namen konnten wir nicht lesen) den Vorwurf sprach, ihnen 20 Maurer aus Bremerhaven zu stellen für den Fall, daß die hiesigen Maurer auf ihrer Forderung beharrten. Die hiesigen Kollegen aber denken: „Wange machen gilt nicht.“

Am 1. April soll der neue Lohnarif in Kraft treten. Es wird deshalb den Maurern Nordenhains dringend an's Herz gelegt und namentlich den jüngeren Kollegen, welche hier fremd sind, nicht die selbstgeleitete Arbeitszeit zu überschreiten und dieselbe bis auf 11 1/2, oder gar 12 Stunden auszudehnen.

Ja, Kollegen, es sieht hier traurig aus. Hoffentlich werden wir unser Ziel aber ohne Streit erreichen, denn die Bauten, welche zum Mai vernichtet sind, werden jetzt alle erst in Angriff genommen. Darum, Maurer Nordenhains, haltet zusammen und der Sieg kann nicht ausbleiben.

Die auswärtigen Kollegen, hauptsächlich die in Bremerhaven und Umgebung werden dringend ersucht, den Bezug nach hier fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Gerichts-Chronik.

Ein Strafmandat über M. 6 oder 2 Tage Haft hatte die Polizei von Charlottenburg einem Maurer zugestellt, weil er am 15. November v. J. bei der Beerdigung eines Kameraden einen Kranz am Grabe niedergelegt und dabei die Worte gesprochen hatte: „Im Namen meiner Kollegen, der Mitglieder der Zentral-Frankenkasse, lege ich diesen Kranz nieder.“ Es sollte dies eine „Rede“ sein, und Reden dürfen ohne vorherige Erlaubnis am Grabe nicht gehalten werden. Der Maurer war aber mit Recht anderer Ansicht und beantragte richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht sprach ihn am 9. März unter der Begründung frei, daß nicht eine Grabrede resp. oratorische Anstellung vorliege, sondern lediglich eine Kranzwidmung des Beidtragenden. Sämtliche Kosten sind der Staatskasse auferlegt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dieck Verlag) ist soeben das 26. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vom Wessensfonds. — Die Sozialdemokratie und der Kampf gegen die Stadtdarlehne. — Die Erschließung der Geiseln. Ein Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune. (Schluß) Von Adolph Heyner. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Die Vesting-Legende. Eine Rettung von Franz Wehring. (Fortsetzung.)

Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung. Dr. F. Luz (Magdeburg). Dritte Serie, 4. Heft der Berliner Arbeiter-Bibliothek. Berlin, Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Preis 20 1/2.

Der Verfasser will, wie er selbst sagt, den Arbeitern keine neue sozialistische Unternehmung liefern oder das alte Thema der Prostitution von einem neuen Gesichtspunkte betrachten; ihn leitete vielmehr die Absicht, in kurzer, übersichtlicher Weise darzutun, daß die Prostitution auf das Zwingliche mit dem Kapitalismus ver wachsen ist, und sie nur verschwinden kann, wenn der Sozialismus mit dem Kapitalismus selbst wird ausgeräumt haben. Dieser Aufgabe sucht der Verfasser gerecht zu werden, indem er auf Grund der Untersuchungen von V. S. Morgan nachweist, daß von einer Eingabe des Weibes aus anderen Gründen, als den der Liebe, nicht die Rede sein konnte, so lange das Mutterrecht herrschte. Erst durch die Entwicklung des Privat-eigentums konnte die Prostitution entstehen und sich durch die vom Kapitalismus erzeugten Mißstände zu einem sozialen Uebelstande gestalten. Mit Hilfe der Statistik zeigt der Verfasser, daß es nicht fetter Leicht sinn ist, der die Prostituierte zu ihrem traurigen Gewerbe treibt; sondern daß es einzig jene Mißverhältnisse sind, welche die Reglementierungen der kapitalistischen Produktionsweise ausmachen und unter denen die arbeitenden Klassen am schwersten zu leiden haben. Aber auch die Folgen der Prostitution seien äußerst bedenkenerregend,

durch die immer mehr um sich greifende Euphrosie und die daraus resultierende Entartung der Geschlechter. Erwähnend komme auch in Betracht, daß durch die immer unsicherer werdenden Erwerbsverhältnisse die Arbeiter mehr und mehr zur Ehelosigkeit verdammt, dadurch dem geschlechtlichen Verkehr außerhalb der Ehe in die Arme getrieben und mehr zur Gefahr der Ansteckung ausgesetzt werden. Des Weiteren beleuchtet der Verfasser die Irdenanahme und heuchlerische Bekämpfung der Prostitution durch die Bourgeoisie und kommt zu dem Schluß, daß es dem Sozialismus überlassen bleiben mußte, der Prostitution das Ende zu bereiten. Dann werde auch die in einem sozialistischen Gemeinwesen sich frei entfaltende Wissenschaft die Menschheit von den traurigen Folgen der Prostitution, der Euphrosie, befreien. — Wir können das Bestehen bestens empfehlen.

Für Arbeiterfeste geeignete „Prologe und Gelegenheitsgedichte“ nebst einem beachtenswerten Anhang: „Wink für Redner“ widmet Genosse Max Erbe Wittich, Redakteur des Leipziger „Wähler“, den deutschen Arbeitern in einem hübsch ausgestatteten Buche (Verlag von M. Ernst, München, 75 1/2). Der Reigen dieser sinnigen und inhaltsreichen Gedichte beginnt mit einem Prolog beim Konnerz zu Ehren der Delegierten des sozialdemokratischen Parteitages in Halle 1890, an welchen sich Festgedichte für jede Gelegenheit und für alle Fäch, Gesang- und Volksschilungsvereine reihen. Den Schluß bilden wohl den meisten Genossen willkommenere „Wink für Redner“. Das billige Büchlein ist sehr empfehlenswert.

Wir erhalten soeben Heft 6 des Vieserungswerkes: „Die deutsche Revolution, Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849“ von Wilhelm Bloß. (Stuttgart, F. H. W. Dieck Verlag).

Das vorliegende Heft beschreibt die Geschichte des Borporaments zu Frankfurt a. M.; sowie den Anfang der republikanischen Bewegung in Baden. An historischen Bildern enthält dieses Heft den Einzug des Borporaments in die Paulskirche zu Frankfurt und Mathy's Verteidigung in Mannheim; außerdem gelangen in demselben die Portraits von Dr. Wirth, Gustav v. Strube, Karl Wittermaier, Wesendonk, Moritz Rittinghausen, Ludwig Uhlend, Jakob Reubner, Karl Mathy, Friedrich Heber und Theodor Wögling zum Abdruck.

Noch sei erwähnt, daß eine genaue Nachbildung der „Vollstän Zeitung“ Nr. 67 vom Montag, den 20. März 1848, beiteilt „Ertraktat der Freude“, diesem Hefte beigelegt ist.

Das Werk wird in ja. 22 Lieferungen à zwei Bogen Großokta kompelt vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfennig.

Briefkasten.

Stendal? Nennen Sie doch gefälligst Ihren Namen, wenn Sie Auskunft haben wollen und wünschen, daß Ihre Berichte aufgenommen werden sollen.

Colberg, B. Zur Aufnahme nicht geeignet. Derartige sagt man besser den Kollegen in den Versammlungen mündlich.

Berlin, K. Wie Sie aus dem Versammlungs-Anzeiger dieser Nummer ersehen werden, ist Ihrem Wunsch entsprochen. Die Versammlungen in jeder Nummer zur Anzeige zu bringen, ist nicht gut angängig, wir wollen aber hier konstatieren, daß die Versammlungen für die Zahlstelle Berlin II jeden ersten Mittwoch im Monat, Zitelstraße Nr. 10, stattfinden.

Eberfeld, B. Die für Eberfeld bestimmten Exemplare sind ebenso wie die nach anderen Städten bestimmten zur rechten Zeit expediert worden. Wenn Sie dieselben nicht erhalten haben, so liegt die Schuld nicht an uns. Wir werden Ihnen die fehlenden Exemplare jedoch nachliefern.

Lüneburg, S. Ihr „Eingekandt“ enthält Nichts, was nicht in anderen, bereits veröffentlichten, mit ganz denselben Worten ebenfalls gesagt worden ist. Wir müssen daher die Aufnahme ablehnen, wollen jedoch konstatieren, daß Sie einen besseren Besuch der Versammlungen und eine bessere Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung überhaupt wünschen.

Berlin, S. Wir erlauben Sie, künftig bei „Eingekriebenen“ Briefen den Namen des Empfängers anzugeben, da uns die Post sonst bei der Ausständigung Schwierigkeiten macht.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sitz Hamburg.

In der Zeit vom 22. bis 29. März sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in: Thorn M. 6.—, Straßburg 25.—, Stellingen 10.—, Stolp i. Pr. 8.88, Neustadt i. Schl. 3.60. Summa M. 52.98.

F. Wilbrandt.

Hamburg, Holtenauerstraße, Wilhelmstr. 13, I.

Anzeigen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Hildesheim.

Haupt-Mitgliederversammlung

am Sonntag, 3. April, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Tages-Ordnung: Quartalsabrechnung und Verbandsangelegenheiten. [M. 1.65] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingeschriebene Hilfskasse, Nr. 7. Sitz: Altona.) In der Woche vom 20. bis 26. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Schwiebelmühl M. 40.

Zuschüsse erhielten: die örtliche Verwaltung in Kiel M. 150, Altona 100, Altona a. Rh. 150, Beitz 100, Bismarck 300, Chemnitz 100, Königsberg i. Pr. 200, Alt-Marshan 50, Leipzig-Gohlis 100, Mannheim 100, Coblenz 50, Sonnenburg 50, Danzig 200, München 1000, Relppe 200, Essen 100, Egenstedt 50, Genuß 75, Laßdorf 80, Landstuhl 100, Wilsdorf 100, Niederbreisig 100, Eppelheim 100, Düsseldorf 150, Hildesheim 75, Queblinburg 50. Summa M. 3560. Altona, den 26. März, 1892.

C. Reip, Hauptkassier. Friedrichsbadstraße Nr. 28.

Bekanntmachung.

Die Formulare zur Abrechnung für das erste Quartal 1892 sind verfaßt, sollten dieselben in einer oder mehreren Verwaltungen nicht angekommen sein, so erwarren wir Nachricht.

Wir eruchen die örtlichen Verwaltungen, sich mit der Fertigstellung und Einreichung der Abrechnung zu beeilen, damit das Resultat des ersten Quartals zwecks der nahe bevorstehenden ordentlichen Generalversammlung zusammengestellt werden kann.

Die Jahresabrechnungen kommen im Laufe dieser Woche zum Verfaß und werden die örtlichen Verwaltungen ersucht, dieselben an die Mitglieder gelangen zu lassen. Auch ist es Pflicht der Mitglieder, sich selber darum zu bemühen, daß sie in den Besitz derselben kommen. Besonders werden die Verwaltungen darauf hingewiesen, die Abrechnung mit ihren Büchern zu vergleichen, und wenn sie etwaige Unrichtigkeiten finden, sofort hierher Mitteilung zu machen.

Diejenigen örtlichen Verwaltungen, in deren Bezirk sich die Mitglieder A. Weirich, Nr. 25270, und Philipp Seufel, Nr. 10487, aufhalten, werden ersucht, uns unverzüglich Mitteilung zu machen.

Folgende Verwaltungen stellen sind neu errichtet:

- Wolsenbüttel. Bevollmächtigter Heinrich Rose, Maurer, Goslarstraße 30. Kassier Wilhelm Müller, Maurer, Jägerstraße 11.
Pinneberg. Bevollmächtigter A. Timm, Maurer, Möllstraße. Kassier F. Stampehl, Maurer, Bahnhofstraße.
Osterburg in der Altmark. Bevollmächtigter Carl Brunte, Maurer, Brüderrstraße 349 b. Kassier Erik Hildebrandt, Maurer, Mellerstraße 333.
Mühlenbeck bei Berlin. Bevollmächtigter Max Busse, Maurer, in Buchhof bei Mühlenbeck, Bez. Berlin, Kassier Gust. Reusch, Maurer, Mühlenbeck.
Wöppel bei Schladen, Tappe-Deimold. Bevollmächtigter Christian Richter, Maurer, Kassier Friedrich Prober, Maurer.

Die Verwaltungen Ostrow und Kirchhorsten sind aufgehoben.

Betreffs regelmäßiger Zustellung des „Grundstein“ haben die Bevollmächtigten etwaige Wohnungsänderungen der Expedition dieses Blattes anzuzeigen.

Der Vorstand.

F. A. W. Themar, 1. Vorsitzender.

Sterbetafel. IV. Quartal 1891.

- 1. Heinrich Boller, Maurer, geb. 12. 12. 39, gest. 1. 10. 91 zu Altona an Magenatarrh.
2. Gustav Linger, Steinbauer, geb. 17. 10. 61, gest. 1. 10. 91 zu Hamburg an Lungenleiden.
3. Karl Langer, Maurer, geb. 12. 9. 58, gest. 2. 10. 91 zu Breslau an Lungenleiden.
4. Michael Dib, Steinbauer, geb. 25. 5. 63, gest. 2. 10. 91 zu Hainstadt an Lungenatarrh.
5. Eduard Rißfeld, Steinbauer, geb. 15. 3. 56, gest. 3. 10. 91 zu Pirna an Lungenleiden.
6. Heinrich Horn, Maurer, geb. 24. 3. 60, gest. 5. 10. 91, zu Kiel an Lungenleiden.
7. Hermann Schäffe, Maurer, geb. 19. 9. 55, gest. 6. 10. 91 zu Berlin.
8. Maximilian Tappert, Bildhauer, geb. 18. 10. 55, gest. 6. 10. 91 zu Chemnitz an Lungenatarrh.
9. Albert Pons, Maurer, geb. 9. 4. 65, gest. 6. 10. 91 zu Hamburg.
10. Friedrich Jacob, Maurer, geb. 4. 7. 48, gest. 6. 10. 91 zu Hamburg an Leberleiden.
11. Karl Maywald, Maurer, geb. 6. 8. 48, gest. 10. 10. 91 zu Braunschwieg an Herzschlag.
12. Emil Kühne, Maurer, geb. 29. 5. 55, gest. 11. 10. 91 zu Magdeburg an Lungenleiden.
13. Wilhelm Hopke, Maurer, geb. 8. 5. 48, gest. 13. 10. 91 zu Charlottenburg (Unfall).
14. Wilhelm Dambach, Steinbauer, geb. 1. 4. 62, gest. 14. 10. 91 zu Rinteln an Lungenatarrh.
15. August Poeme, Maurer, geb. 29. 8. 55, gest. 17. 10. 91 zu Jüterburg.
16. Rudolph Strud, Maurer, geb. 31. 1. 61, gest. 17. 10. 91 zu Stettin infolge Unfall.
17. Paul Appel, Maurer, geb. 7. 9. 53, gest. 18. 10. 91 zu Hamburg.
18. Traugott Wegel, Maurer, geb. 18. 11. 59, gest. 19. 10. 91 zu Berlin an Darmatarrh.
19. Georg Spilling, Maurer, geb. 19. 8. 59, gest. 24. 10. 91 zu Cassel an Lungenentzündung.
20. Heinrich Ulrich, Bildhauer, geb. 4. 11. 53, gest. 24. 10. 91 zu Dresden an Lungenatarrh.



- 21. Franz Giesecke, Maurer, geb. 20. 6. 42, gest. 28. 10. 91 zu Berlin.
- 22. Wlth. Dzialis, Maurer, geb. 8. 10. 64, gest. 29. 10. 91 zu Breslau an Lungentatarrh.
- 23. Ludwig Tarnow, Maurer, geb. 2. 5. 48, gest. 8. 11. 91 zu Hamburg.
- 24. Oswald Glener, Maurer, geb. 3. 4. 59, gest. 10. 11. 91 zu Berlin.
- 25. Gottlieb Müller, Maurer, geb. 31. 12. 49, gest. 10. 11. 91 zu Rippoldsdorfer an Selbstmord.
- 26. Gerhard Hübner, Stukkateur, geb. 16. 11. 53, gest. 12. 11. 91 zu Pflersdorf an Gehirnentzündung.
- 27. Karl Koch, Maurer, geb. 23. 6. 54, gest. 12. 11. 91 zu Charlottenburg.
- 28. Karl Schaafschild, Maurer, geb. 22. 7. 61, gest. 12. 11. 91 zu Prenzlau an Lungentatarrh.
- 29. August Balbt, Maurer, geb. 23. 11. 54, gest. 16. 11. 91 zu Stettin an Gehirnentzündung.
- 30. Hermann Ernst, Maurer, geb. 9. 1. 58, gest. 19. 11. 91 zu Berlin an Lungentatarrh.
- 31. Karl Rischel, Steinhauer, geb. 15. 3. 64, gest. 19. 11. 91 zu Pirna an Lungentatarrh.
- 32. Selmer Höfer, Maurer, geb. 7. 8. 42, gest. 22. 11. 91 zu Hannover an Lungentatarrh.
- 33. Ernst Bloche, Maurer, geb. 26. 9. 53, gest. 23. 11. 91 zu Kreuzburg i. Schl. an Geisteskrankheit.
- 34. Carl Hof, Maurer, geb. 18. 7. 24, gest. 24. 11. 91 zu Hofstadt an Influenza.
- 35. Friedrich Kleiner, Steinhauer, geb. 4. 2. 47, gest. 24. 11. 91 zu Straßburg an Lungentuberkulose.
- 36. Fern. Schulze, Maurer, geb. 7. 3. 59, gest. 25. 11. 91 zu Charlottenburg an Selbstmord.
- 37. Julius Trippecke, Maurer, geb. 21. 6. 63, gest. 28. 11. 91 zu Jahnitz an Lungentatarrh.
- 38. Anton Weiß, Steinhauer, geb. 12. 6. 46, gest. 28. 11. 91 zu Münden an Lungenschwindsucht.
- 39. Jakob Schimpf, Steinhauer, geb. 18. 4. 57, gest. 30. 11. 91 zu Heubach an Lungenschwindsucht.
- 40. Jürgen Stieber, Maurer, geb. 26. 6. 50, gest. 30. 11. 91 zu Neumünster an Typhus.
- 41. Karl Hammerich, Maurer, geb. 21. 9. 47, gest. 2. 12. 91 zu Altona an Lungentatarrh.
- 42. Karl Pöhling, Maurer, geb. 21. 9. 47, gest. 2. 12. 91 zu Braunschweig an Bronchialkatarrh.
- 43. Heinrich Grube, Maurer, geb. 26. 10. 48, gest. 2. 12. 91 zu Herbsleben an Lungentzündung.
- 44. Hermann Wolchinski, Maurer, geb. 25. 9. 54, gest. 3. 12. 91 zu Königsberg i. Pr. an Lungentatarrh.
- 45. Heinrich Giesecke, Maurer, geb. 21. 1. 26, gest. 4. 12. 91 zu Verden an Influenza.
- 46. Heinrich Wlbers, Maurer, geb. 28. 12. 44, gest. 6. 12. 91 zu Lüneburg an Influenza.
- 47. Wilhelm Bargelt, Maurer, geb. 6. 5. 70, gest. 12. 12. 91 zu Stettin an Bluthaus.
- 48. Heinrich Brauer, Maurer, geb. 11. 5. 55, gest. 16. 12. 91 zu Brandt bei Drielen (plötzlich gestorben).
- 49. Ernst Richter, Maurer, geb. 5. 9. 36, gest. 12. 12. 91 zu Görlitz an Leberleiden.
- 50. Joseph Dörfler, Steinhauer, geb. 16. 2. 59, gest. 17. 12. 91 zu Münden an Lungenschwindsucht.
- 51. Heinrich Bangemann, Maurer, geb. 4. 10. 44, gest. 18. 12. 91 zu Harburg an Lungentatarrh.
- 52. Heinrich Köhner, Maurer, geb. 19. 2. 59, gest. 19. 12. 91 zu Bunzlau an Lungentatarrh.
- 53. Ernst Kürz, Maurer, geb. 27. 7. 41, gest. 19. 12. 91 zu Hamburg an gastrischem Fieber.
- 54. Wlth. Brinckmann, Maurer, geb. 2. 8. 61, gest. 23. 12. 91 zu Barthhausen an Zuckerkrankheit.
- 55. Wlth. Schneider, Steinhauer, geb. 30. 9. 59, gest. 23. 12. 91 zu Dresden an Schwindsucht.
- 56. Tillmann Dongatz, Steinhauer, geb. 14. 5. 38, gest. 24. 12. 91 zu Cöln a. Rh. an Lungentatarrh.
- 57. Adolf Reich, Maurer, geb. 18. 9. 47, gest. 25. 12. 91 zu Berlin.
- 58. Joseph Rodermund, Maurer, geb. 10. 11. 56, gest. 28. 12. 91 zu Dortmund an Kehlkopfgeschwür.
- 59. Johann Martin, Steinhauer, geb. 12. 10. 58, gest. 28. 12. 91 zu Dresden an Lungentatarrh.
- 60. Georg Meyerhohd, Maurer, geb. 30. 3. 73, gest. 28. 12. 91 zu Hamburg.

- 61. Wilhelm Goldmeier, Maurer, geb. 24. 5. 36, gest. 28. 12. 91 zu Schinzel an Influenza.
- 62. Wilhelm Freyer, Maurer, geb. 17. 2. 63, gest. 31. 12. 91 zu Verden an Lungenschwindsucht.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.**  
 Zahlstelle Friedland i. M.  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonnabend, 2. April, Abends 8 Uhr.  
 Sämmtliche Mitglieder werden gebeten, zu erscheinen.  
 [M. 1, 35] Der Bevollmächtigte.

**Unterstützungsverein der Maurer im Westen Berlins.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Montag, den 4. April, Abds. 8 Uhr,  
 im Lokale „Königshof“, Bülowstr. 37.  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung des Kassiers vom 1. Quartal 1892 und Berichterstattung der Revisoren.  
 2. Wahl des gesammten Vorstandes.  
 3. Vereinskassengeldentzichten.  
 Mitgliedskarte legitimirt.  
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.  
 [M. 2, 55] Der Vorstand.

**Achtung**  
 für die Mitglieder des  
**Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen in Berlin und Umgegend.**  
 Die Fortsetzung der am 27. März stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung findet am  
**Sonntag, den 3. April,**  
 statt. Das Lokal wird im „Vorwärts“ und durch Säulenanschlag bekannt gegeben.  
 Um zahlreiches Erscheinen in dieser Versammlung erluchen die  
**Verwaltungen der Zahlstellen Berlins.**  
 [M. 2, 55]

**Abonnements-Quittung.**  
 Für das vierte Quartal 1891:  
 Großenhain, V. M. 4,80.  
 Für das erste Quartal 1892:  
 Großenhain, L. M. 4,80; Schwerin i. M. 28,—;  
 Ebersburg, P. 17,10; Hlensburg, S. 17,10.  
 Für das zweite Quartal 1892:  
 Remel, B. M. 1,40; Ludwigslust, V. 3,80.  
 Joh. Stangl.

**Versammlungs-Anzeiger**  
 für die Mitglieder  
 des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.  
**Barmen.** Sonntag, den 10. April, bei Herrn Hinneberg, Oberdörnerstraße 69.  
**Bergedorf.** Sonntag, den 3. April, Nachmitt. 4 Uhr, im Gasthaus „St. Petersburg“.  
**Berlin I. (Buser.)** Sonntag, den 10. April, Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Bürgerklub“, Dresdenstraße 96.  
**Berlin II.** Mittwoch, den 6. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Scheller, Inleiste 10.  
**Breslau.** Mittwoch, den 6. April, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Karraich, Ritterplatz 9.

**Zentral-Krankentafel der Maurer, Steinbauer, Gipser und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (C. S. Nr. 7, Sitz: Altona).**

**Rechnungsabschluss für das Jahr 1891.**

Einnahmen.	M.	S.	Ausgaben.	M.	S.
Barbestand am 1. Januar 1891	28567,32		Für ärztliche Behandlung	12145,50	
Zinsen von Kapitalien	6448,40		Für Arznei und sonstige Heilmittel	15738,66	
Eintrittsgelder	11864,—		Krankengelder: a) an Mitglieder	2861498,90	
Beiträge inkl. Extrasteuer	458558,20		b) an Angehörige	3037,82	
Erfolglosungen Dritter usw.	3907,68		Sterbegelder	19451,78	
Zurückgezogene Kapitalien	64203,42		Kur- u. Verpflegungskosten an Krankenanstalten	31124,53	
Sonstige Einnahmen	3017,50		Zurückgezogene Beiträge und Eintrittsgelder	134,45	
			Für Kapitalanlagen	62448,40	
			Verwaltungskosten: a) persönliche	35485,70	
			b) sächliche	11965,65	
				Summa	552931,39
				Summa	576596,52

**Abchluss:**

Summe der Einnahmen	M. 576596,52
Summe der Ausgaben	552931,39
Ergibt einen baaren Kassenbestand am 31. Dezember 1891 von	M. 24565,13

**Vermögens-Aussatz:**

Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:  
 Der Barbestand am 31. Dezember 1891 M. 24565,13  
 In Hypothek- und Sparcassen-Einlagen M. 219912,91  
 Hiernach beträgt das Gesamtvermögen M. 244478,04  
 Nach dem währjährigen Abschluss beträgt dasselbe 251265,25  
 Ergibt gegen das Vorjahr ein Weniger von M. 6787,21

Revidirt und mit den Büchern übereinstimmend befanden von den Ausschussmitgliedern:  
 F. C. Möller, J. Schmidt, J. Einemann. C. Reiff, Kassirer.

- Burgheide.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, im „Deutschen Haus“.
- Cassel.** Mittwoch, den 3. April, bei Herrn Wittrock, Schäfergasse 33.
- Cöln a. Rh.** Sonntag, den 3. April, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Klemmer, M. Griesenstr. 69.
- Cöslin.** Sonntag, den 10. April, im Restaurant „Zum Weinberg“.
- Danzig.** Dienstag, den 5. April, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Nöpperstraße 24.
- Dortmund.** Samstag, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Zimmermann, Büttgenbrückstraße.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 3. April, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Matthesen, Kasernenstr. 65.
- Duisburg.** Sonntag, den 3. April, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Breiter, „Drei Kronen“, Knäppelmarkt 2.
- Eisleben.** Dienstag, den 5. April, im Gasthof „Zum Kronprinzen“.
- Eiberfeld.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gerbracht, Weichstr. 14.
- Erfurt.** Freitag, den 8. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schumann, Gothastraße 44.
- Essen a. d. Ruhr.** Sonntag, den 10. April, bei Wwe. Krab, Steelerthor.
- Essen.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Struß, Am Markt, Mauerherberge.
- Frankenhausen (Ruffhäuser).** Sonntag, den 10. April, in „Bellvue“.
- Gaarben.** Donnerstag, den 7. April, bei Herrn Petersen, Schulstraße.
- Gelsenkirchen.** Sonntag, den 10. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Herkenbach, Vereinsstraße 11.
- Grevesmühlen.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Bismarckstraße 100.
- Glieditz.** Sonnabend, den 9. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Müll, Am Markt.
- Görlitz.** Donnerstag, den 7. April, Abends 8 Uhr, in der „Reichshalle“.
- Häufig.** Sonntag, den 3. April.
- Hamburg.** Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in „Lüge's Classisirent“, Valentinstamp 41.
- Harburg (Gldc).** Donnerstag, den 7. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Karnapp.
- Hilberheim.** Sonntag, den 3. April.
- Hirschberg (Schl.).** Dienstag, den 5. April, Abends 6 Uhr, bei Herrn Schrick, „Schwarzes Roth“ 18.
- Jachow.** Dienstag, den 5. April, Abends 8 Uhr, in der Zentralherberge des Herrn W. Sch, Sandberg.
- Kiel.** Dienstag, den 5. April, Abends 8 Uhr, im Königsberg i. Pr. Sonntag, den 10. April, Vormittags 11 Uhr, Dumenstraße 36a, „Englische Garten“.
- Kiegnitz.** Sonnabend, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof „An den drei Bergen“, Hahnauerstraße 7.
- Lübeck.** Mittwoch, den 6. April, „Berliner Hof“, Hühnenhof.
- Mainz.** Sonntag, den 3. April, im Lokale „Weißes Hühnen“, Hauptgasse.
- Melbors.** Mittwoch, den 6. April, bei Herrn Karstens.
- Minden i. W.** Jeden Samstag, Abends 6 Uhr, bei Herrn Wischmeier, Ritterstr. 18.
- Neumünster.** Donnerstag, den 7. April.
- Nienstedten.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schepel.
- Nordenham.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Herrn Witting.
- Offentinerhütte.** Sonntag, den 3. April.
- Nürnberg.** Samstag, den 9. April, Abends 8 Uhr, in der Bauer'schen Wirtschaft.
- Neubuckow.** Sonntag, den 10. April.
- Oberhausen-Styrum.** Sonntag, den 3. April, Abends 6 Uhr, bei Herrn S. König in Alsfaden.
- Offenbach.** Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration P. Eisenmenger, Herrenstraße 46.
- Pforzheim.** Jeden Sonntag, von 10 bis 11 Uhr im Lokale „Zur Eintracht“, Neuchlinstraße 12.
- Pinneberg.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hantschke.
- Posen.** Sonntag, den 3. April, Mittags 12 Uhr, bei Herrn Krüger, Wertenstr. 18.
- Breech.** Sonntag, den 3. April, Abends 7 Uhr, bei Herrn Koller, Kirchenstraße.
- Quedlinburg.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Goldenen Auser“.
- Rigbor.** Dienstag, den 5. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Kummer, Berlinerstraße 136.
- Roskow i. W.** Dienstag, den 5. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn P. Brandt, Begunnenberg 10.
- Schleswig.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, in der Mauerherberge, Domziegelhof.
- Schwann.** Sonntag, den 3. April.
- Stahlfurt.** Montag, den 4. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thelemann.
- Steinbeck.** Sonntag, den 3. April, im Vereinslokal.
- Stellingen-Langeneffe.** Dienstag, den 5. April, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Herrn Tichow in Stellingen.
- Stendal.** Sonntag, den 3. April, Abds. 10.
- Stralsund.** Montag, den 4. April.
- Stuttgart.** Sonntag, den 10. April, Morgens 10 Uhr, in der „Globe“, Leonhardsplatz.
- Tempelhof.** Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn E. Högert, Mariendorf, Aderstraße 1.
- Thorn.** Sonntag, den 3. April, im Vereinslokal.
- Wandsbeck.** Dienstag, den 5. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Schick, Lübederstr. 65.
- Waren.** Sonntag, den 3. April, bei Herrn Grimmler.
- Weikensee.** Dienstag, den 5. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gebauer.
- Wilhelmsburg.** Sonntag, den 10. April, Nachmittags 2 Uhr, bei Herrn Gerpits.